

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 J., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 16. Dezember 1893.

Inserate die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weigenstraße 12.

## Das Element der Intelligenz.

Das „Element der Intelligenz“ spielt neuerdings in der „Eisen-Zeitung“ wieder eine große Rolle. Um aber einem Mißverständnis vorzubeugen, wollen wir gleich beifügen: nicht in der Redaktion, da ist Alles beim Alten geblieben, sondern in den Jeremias-Artikeln über den mageren Arbeitergewinn der Dividendenhähnen. Solange die „Eisenzeitung“ sich darauf beschränkt, die Gistartikel gegen die „begehrlichen Arbeiter“ aus anderen Kapitalistenblättern nachzudrucken, bleibt sie auf dem allgemeinen Niveau der Oberflächlichkeit, Gehässigkeit und Verlogenheit der Bourgeoispresse. Sobald sie aber selbstständig in eigenen Artikeln ihrem Hass gegen die sozialdemokratischen Arbeiter Luft macht und deren wirtschaftliche Anschauungen aus eigenem Können „wissenschaftlich widerlegt“, wird das gewöhnliche Niveau der Verlogenheit, Gehässigkeit und Bornirtheit mächtig gesteigert.

Vor einigen Wochen hatte der „Vorwärts“ an die Nachricht, daß eine Dresdener Nähmaschinenfabrik die 750,000 Nähmaschinen fertiggestellt hat, die berechnete Bemerkung geknüpft, daß die Aktionäre (insbesondere der Gründer) Riesensummen verdient, Willen sich haben bauen können, und dabei wenig oder gar nicht gearbeitet haben, während die Arbeiter heute noch ebensolche Habentische seien wie zu Beginn ihrer Thätigkeit. Widerlegen kann zwar auch die „Eisen-Zeitung“ diese Thatsache nicht; so versucht sie denn, diese wirtschaftliche Ungerechtigkeit zu rechtfertigen.

Sa wohl, sagt sie, die Arbeiter sollen von früh bis spät um einen Hungerlohn sich schinden und plagen, denn: „Die Thätigkeit der Arbeiter ist auf den Erfolg ohne jeden Einfluß; bestimmend hierfür ist das Element der Intelligenz: praktische Fabrikationseinrichtungen, Direktion u.s.w.“ Sa wohl, sagt sie weiter, die Aktionäre sollen Riesensummen heraus schlagen, sich Willen bauen können, in Herrlichkeit und Freuden leben, ohne zu arbeiten, denn:

„Es ist einzig und fast allein — „einzig“ und dann doch wieder bloß „fast allein“: wie reimt sich das zusammen? Das ist eigentlich doch ein bisschen Blödsinn. Entweder ist etwas einzig oder es ist nicht einzig. Gold ist Gold, aber „fast Gold“ ist nicht Gold! Doch weiter:

„Es ist einzig und fast allein das Element der Intelligenz, d. h. der Zeitung, die den Ausschlag gibt.“

Nun ist es noch niemals einem sozialdemokratischen Blatte eingefallen, den Werth zu leugnen, den eine tüchtige Geschäftsleitung für den Stand, das Gedeihen und das finanzielle Ergebnis des Betriebes hat. So dumm ist bloß die „Eisenzeitung“, den Arbeitern solchen Unsinn zu unterstellen; was die Arbeiter bekämpfen, ist die unverhältnismäßig schlechte Löhning für die Arbeiter und die unverhältnismäßig hohe Bezahlung der (oft nur sogenannten)

Betriebsleiter. Vor mir liegt z. B. die „Vossische Zeitung“ vom 22. November d. J. In der sechsten Inseratenbeilage veröffentlicht die Schultheiß'sche Brauerei-Aktiengesellschaft ihre Jahresbilanz pro 1892/93. Da finde ich folgende lehrreiche Zahlen:

An Brausteuer, Steuern, Brennmaterial u.s.w.	1,528,848.48 M
An Löhne des Aufsichtsrathes	49,507.88
An Löhne der Direktion	99,014.76
15% Dividende an die Aktionäre	810,000.00
Unterstützungen und Remunerationen	80,000.00
<b>988,522.14 M</b>	

Die Direktion figurirt selbstverständlich auch mit einem entsprechend hohen Betrage schon unter der Rubrik: Gehälter; die Aufsichtsräthe werden höchst wahrscheinlich für jede ihrer Formalstungen mit einem anständigen Normalsatz entschädigt; ihre geistige Thätigkeit für das Unternehmen ist damit also schon bezahlt, nur entsprechend höher wie die mühevollen Thätigkeit der Arbeiter, deren Gesamtlohn jedenfalls so niedrig ist, daß man ihn separat aufzuführen sich vielleicht genirte und daher Brausteuer, Brennmaterial und das Begehrende „u.s.w.“ gleich darauf schlug, um gegenüber den 100,000 M Löhne für die Direktion, den 50,000 für den Aufsichtsrath doch nicht gar so auffällig abzufallen. Und weiter suchte man wenigstens noch das Bettelgeld von 30,000 M an „Remunerationen und Unterstützungen“ für die Angestellten aufzuführen zu können. Selbstverständlich partizipiren an den „Remunerationen“ fast ausschließlich die sog. „Beamten“, je weiter unten, je weniger.

Wie rechtfertigt nun die „Eisen-Zeitung“ die Thatsache, daß neben ihren hohen Gehältern Direktion und Aufsichtsrath, dieses Duzend Zufälligkeitsexperten, noch 150,000 M in die Tasche stecken können, während die Brauereiarbeiter mit ihrem Bettelohn, ihrer hundemäßigen Behandlung, ihrer unmenslich langen Arbeitszeit sich leer davon trollen müssen und nur das trostvolle Bewußtsein haben, im günstigen Falle, wenn sie nicht vorher durch einen Unfall zum Krüppel geschlagen werden, mit 36—40 Jahren als arbeitsunfähig, d. h. ausbeutungsunfähig, auf die Straße geworfen zu werden, weil durch den beständigen Wechsel von Kalt und Warm, die Arbeit im kalten nassen Keller, bei Wind und Wetter im Freien, die Nacharbeit u. dgl. ihr Körper frühzeitig ruiniert ist.

Ist dem gegenüber das „Element der Intelligenz“ wirklich so Alles erklärend? Und was zum Teufel haben die faulenzenden, nichtstuhenden, am Geschäftsbetrieb völlig unbetheiligten Aktionäre, die für ihr Nichtsthum während des letzten Jahres 810,000 M in die werten Taschen stecken, mit dem „Element der Intelligenz“ zu thun?

Wenn „einzig und fast allein“ das Element der Intelligenz den Ausschlag

gibt, dann trägt doch wohl „einzig und fast allein“ die Dummheit die Schuld daran, daß die Aktionäre bei Schwindelgründungen à la Spitzeder, Panama u. ihr Geld verlieren? Und dann ist doch bloß die Unfähigkeit der Zeitung schuld, wenn verschiedene industrielle Werke in den letzten Jahren nicht mehr die gleich hohen Dividenden der früheren Jahre ergaben? Und nicht die Streiks, nicht die Begehrlichkeit der Arbeiter, nicht die Lasten der Schutzgesetze und wie die Nebenarten sonst immer heißen!

Die „Eisenzeitung“ führt auch in der That als Beweis für die Wichtigkeit ihrer Behauptung das Hörder Werk an, eine der blutigsten Gründungen, die Deutschland erlebt, die wiederholt verkracht, von gierigen Börsenwölfen immer wieder angegagt, trotzdem nicht mehr zum Scheitern erweckt werden kann. Die „Eisen-Zeitung“ spricht selber von Verlotterung, von unglaublicher Mißwirtschaft — was will sie also? Hat denn Jemand behauptet, eine vernünftige sachkundige Geschäftsführung sei unnützig? Auch der solideste Bau kann durch Verlotterung und unglaubliche Mißwirtschaft zum Zusammenbruch gebracht werden. Was beweist das aber für die Behauptung der „Eisenzeitung“, daß die Thätigkeit der Arbeiter für das Gedeihen eines Geschäftes ohne jeden Einfluß, dagegen aller und jeder Gewinn ausschließlich dem „Element der Intelligenz“ geschuldet sei.

Das Wesen der modernen kapitalistischen Produktion erfüllt sich in der Aktiengesellschaft. Der Aktionär gibt sein Geld, kümmert sich um das Geschäft den Teufel, versteht nicht die blaue Bohne davon, macht heute im Kohlenbau, morgen in der Bierbrauerei, übermorgen in chemischen oder elektrischen Establishments, kurz, er wechselt den „Beruf“, wie andere Leute ihr Hemde. Aber — am Ende des Jahres steckt er den Geschäftsgewinn in seine Tasche. Folglich ist er nach der „Eisen-Zeitung“ das „Element der Intelligenz“. Dann aber auch Gut ab! vor dem „Element“ Cohn und Isaacohn!

Die Höhe der Intelligenz mißt sich an der Höhe des Dividendengewinnes. Nach einer offiziellen Statistik für das Königreich Sachsen, die die amtliche „Leipziger Ztg.“ kürzlich reproduzirte, ist diese „Intelligenz“ fortwährend im Wachsen, genau wie die „Dummheit der Arbeiter“ in der Zahl der Betriebsunfälle sich von Jahr zu Jahr steigert; 1890 weist die deutsche Unfallstatistik 200,001, 1891 dagegen 225,337 verletzte Personen auf. Mit Recht, wird die „Eisen-Zeitung“ sagen, sinken daher die Löhne der Arbeiter in den letzten Jahren, während die steigende Intelligenz der faulenzenden Aktionäre von Jahr zu Jahr höher belohnt wird. Seit 1878 ist nach obiger Statistik das Zahlenbild für die Aktiengesellschaften folgendes:

Jahr	Zahl der Gesellschaften	Jahreseinkommen derselben
1878	658	21,676,290
1879	604	22,268,960

Jahr	Zahl der Gesellschaften	Jahreseinkommen derselben
1880	627	21,026,026
1882	585	22,854,700
1884	684	27,027,418
1886	624	28,095,104
1888	699	29,746,698
1890	725	36,322,782
1892	771	42,801,787

Dagegen liefern die westfälischen Kohlengruben für die Arbeiter folgendes Bild. Es kamen Unglücksfälle vor:

1886	7,884
1887	8,475
1888	9,062
1889	9,360
1890	10,804
1891	13,632
1892	18,865

Die Unglücksfälle haben sich also seit dem Jahre 1886 nahezu verdoppelt; und ebenso hat sich nahezu verdoppelt seit 1876 das arbeitslose Einkommen der Aktionäre, es stieg von 21,676,690 M auf 42,801,787 M.

Es gibt aber noch schlagendere Beispiele dafür, daß das „Element der Intelligenz“ „einzig und fast allein“ die Ursache hoher Geschäftserträge ist. Das Zwickauer Bergwerk „Bürgergewerkschaft“ hat für das Jahr 1892 einen Reingewinn von 498,479 M zu verzeichnen und vertheilt eine Dividende von 200 M auf die Aktie. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt bloß 160,000 M, die Aktie ist mit nur 64 M eingezahlt. Es entspricht das einer Verzinsung von 312 1/2 Proz. Im Vorjahre wurden 240 M oder 375 Proz. gezahlt. Die höchste Dividende zahlte die seit 1856 bestehende Gesellschaft im Jahre 1872 mit 525 M pro Aktie oder 820,31 Proz. Nach der Bogit der „Eisen-Zeitung“ war also 1872 das „Element der Intelligenz“ bei dieser Grube ganz besonders stark vertreten und arbeitete am fleißigsten auch im Jahre 1872, als 820,31 Prozent von den Aktionären „verdient“ wurden!

Die Geschichte der Kohlengrubengewinne, der Steigerung im Preise und Werthe der Grubenaktien und Anttheilsscheine ist überhaupt reich an unwiderleglichen Beweisen für das „Element der Intelligenz“, das die „Eisen-Zeitung“ mit so großem Selbstauswand vertheidigt. Der letzte französische Grubenarbeiterstreik hat sehr zum Leidwesen der journalistischen Landknechte der Kapitalistenpresse die öffentliche Aufmerksamkeit auf die geradezu ungeheuerliche Werthsteigerung gelenkt, die in den letzten Jahrzehnten ein großer Theil der französischen Gruben erfahren. Aktien, Ringe, Theilsscheine sind auf das Zehn- und Zwanzigfache, ja Hundertfache ihres selnerzeitigen Emissionspreises gestiegen und haben seit Jahr und Tag jährlich mehr an Dividende gebracht, als selnerzeit dafür bezahlt worden ist; dabei hat man natürlich auch mit Händen und Füßen, mit Gendarmen und Flintenkugeln gegen jede Lohnerhöhung sich gestäubt. Die Grube Lens z. B., 1855 gegründet, zahlt auf jeden Theilsschein pro 300 Fr. eine Dividende von 1000 Fr., Meurhin

auf je 1000 Fr. 800 Fr. Diebende. Ein weiteres halbes Duzend Kohlengruben hat sich für die Besitzer ohne jede Arbeitsleistung über Nacht in Goldgruben verwandelt, wie folgendes Zahlenbild beweist:

Gesellschaften	Jahr der Gründung	Thell-schein Fr.	Sehiger Börsenkurs Fr.
Garbin	1857	500	1,420
Drocourt	1878	1,000	4,900
Dourges	1857	1,000	8,025
Stebin	1862	1,000	11,900
Roerz	1852	1,000	18,420
Bruay	1852	400	14,000
Courrières	1853	350	44,500

Und nun mag uns die „Eisen-Ztg.“ erklären, wie diese Ergebnisse sich „einzig und fast allein“ aus dem „Element der Intelligenz“ erklären lassen. Wir werden dann weiter davon reden!

### Die Lage der Feilenhauer in Ungarn.

Die ungarischen Feilenhauer haben jüngst eine statistische Erhebung über die Lage der in der Feilenindustrie beschäftigten Arbeiter vorgenommen und deren Resultate in dem Budapest'er Parteiblatt „Der Arbeiter“ veröffentlicht.

Von den circa 80 Feilenhauern in Budapest haben nur 33 und von den 50 der Provinz nur 18 die statistischen Fragebogen ausgefüllt. Aus dem, was darüber veröffentlicht wurde, scheint hervorzugehen, daß die Arbeit die vorherrschende Lohnform bildet. Die Arbeitszeit beträgt in einem Falle 12 Stunden, in 6 Fällen 11, in weiteren 6 Fällen 10 1/2, in einem 10 und in 4 Fällen 9 Stunden.

Es kommen aber auch längere Arbeitszeiten vor, so in der Feilenhauerwerkstätte der Maschinenfabrik der ungarischen Staatsbahnen. Da wird gewöhnlich 13—14 Stunden gearbeitet, wozu außerdem häufig noch weitere Ueberstunden kommen, so daß es schon heißt, man wisse nicht, wann die Feilenhauer kommen und wann sie gehen oder ob sie überhaupt am Abend aufgehört und nicht etwa die ganze Nacht durchgearbeitet haben. Ebenso sei es in einem anderen Geschäft, wo die Arbeiter nicht an die strenge Einhaltung einer bestimmten Arbeitszeit gebunden sind. Für die Zustände in diesem Geschäft ist es außerdem sehr bezeichnend, daß der Meister selbst an seine Arbeiter Schnaps verkauft. Weiter ist das Blaumachen bei den ungarischen Feilenhauern noch üblich, das sich öfters nicht allein auf den Montag beschränkt, sondern sich auch auf den Dienstag ausdehnt und in der Veranstaltung geistlicher Saufgelage besteht. Als eine Folge des mehrtägigen Blaumachens erscheint dann die lange Arbeitszeit, die unbedingt notwendig ist zur Erzielung eines bestimmten Wochenlohnes.

In drastischen Worten wird der Unfug des Blaumachens im „Arbeiter“ gegeißelt. „Bei diesen viehischen Schlemmereien wird kein Kreuzer verschont, Alles muß verknopft werden; wo es aber im Interesse der Gesamtheit liegt, einen Beitrag zu leisten, da wird jeder Heller zehnmal umgedreht von jenen Beuten, bei denen der Gipfelpunkt geistiger Begriffe die Schnapsflasche zu bilden scheint. Würden sich diese Leute etwas heftigen, würden sie mehr die Arbeiterblätter lesen und die Arbeiterversammlungen besuchen und eine Lebensweise führen, wie es den Arbeitern der Neuzeit gebührt, sie müßten entscheiden mit aller Kraft die Zumuthung, Ueberstunden zu machen oder vom Arbeitgeber Schnaps zu kaufen, zurückzuweisen. Schon bei zehnstündiger Arbeitszeit könnten zehn Feilenhauer in Budapest mehr beschäftigt sein. Werden doch in der Maschinenfabrik der ungarischen Staatsbahnen von neun Arbeitern zusammen nicht weniger als 112 bis 117 Ueberstunden pro Woche gemacht.“

Bezüglich der Arbeitslöhne haben die Erhebungen ergeben, daß die Akkord-

arbeiter in Budapest monatlich 47 Gulden, in der Provinz 31 Gulden im Durchschnitt verdienen. Es wird bemerkt, daß nach den in den Fragebogen enthaltenen Auskünften der Arbeiter in Budapest für Lebensunterhalt und Wohnung jährlich 500 Gulden braucht und demnach der Jahresverdienst von 564 Gulden (monatlich 47) unzulänglich ist. Nun verdienen aber nicht einmal alle Arbeiter so viel. Von 33 Gehilfen in Budapest verdienen 8 unter 40, 13 von 40 bis 50, 6 von 50 bis 60 und die letzten 6 über 60 Gulden.

Wiel schlimmer sind aber die in der Provinz beschäftigten Gehilfen daran, welche größtentheils im Wochenlohn arbeiten und Kost sowie Bogis bei dem Meister haben. Da werden bei gutem Geschäftsgang Wochenlöhne von 2 bis 5 Gulden neben freier Station gezahlt. Die Akkordarbeiter in der Provinz erreichen Monatslöhne von 20 bis 44 Gulden. Bessere stehen sich verhältnismäßig besser als ihre Kollegen in der Hauptstadt, da Lebensmittel und andere Bedarfsartikel in der Provinz billiger sind. Als notwendige Höhe des Verdienstes pro Vierteljahr wird die Summe von 72 bis 112 Gulden bezeichnet.

Die Beschaffenheit der Arbeitsräume scheint auch zu wünschen übrig zu lassen. Die bezüglichen Zustände in der Maschinenfabrik der Staatsbahnen werden als sehr schlecht bezeichnet. Die Feilenhauerwerkstätte sei „finster, voll Rauch und Staub, heiß, mit Zugluft und Gestank“ — ein wahrhaftiger staatlicher Musterbetrieb! Von einem anderen Stabilissement wird berichtet, daß zwar Ventilation angebracht ist, daß sie aber nicht genügt. „Durch das Härten, Klauen und Lederbrennen in der Werkstätte wird viel schlechte Luft erzeugt.“ Da sich die Ausgüßhöfen auch in der Werkstätte befinden, so wird die Luft in derselben zu allem Ueberflus noch mit Steinkohlengas geschwängert. Entsprechend diesen Zuständen beträgt das Durchschnittsalter der Feilenhauer in Budapest 30 Jahre.

Von den 51 Gehilfen sind 5 unter 20 Jahren, 20 zwischen 20 und 30 Jahren, 19 zwischen 30 und 40, 3 zwischen 40 und 50 und 4 über 50 Jahre alt. Die meisten dieser Arbeiter, nämlich 32 Mann, sind aus Böhmen, Mähren, Oesterreich und Steiermark und nur 19 Mann sind aus Ungarn gebürtig.

Schutzvorrichtungen existieren so gut wie nicht. In der Werkstätte bei Köffemann & Kühnemann ist die Dampf-schleiferet von der Feilenhaueret nur durch eine Glaswand getrennt, während selbst eine gewöhnliche Mauer nicht genügenden Schutz bieten würde für den Fall, daß ein Schleifstein zerpringt. In einer anderen Werkstätte muß man beim Dampf-betrieb der Schleife durch den freilaufenden Riemen der Lokomotive steigen, auch im Winter bei Glattels.

Ueber das Behringswesen wird folgendes mitgeteilt: bei 23 Meistern in der Provinz sind 46 bis 50 Behrungen und 26 bis 30 Gehilfen, von denen nur 17 bis 20 gelernte Feilenhauer, die Anderen aber Tagelöhner sind, beschäftigt. In den günstigsten Fällen haben sie eine Arbeitszeit von 6 Uhr Früh bis 7 Uhr Abends. Auf den Fragebogen befinden sich die Bemerkungen, daß bei fast allen Meistern die Behrungen auch zu häuslichen Arbeiten verwendet werden. Aus Arab wird von einem Feilenhauermeister berichtet, daß er Behrlinge zu halben Krüppeln geschlagen hat. Aus Bißki wird von einem Behrmeister berichtet: „Die Behandlung der Bubn ist eine rohe, Prügel bekommt Jeder unmenlich viel.“

Von einem Behrherrn in Kronstadt wird gesagt: „Dieser Mann verdiente, daß ihm das Behrlingshalten gerichtlich verboten würde wegen seiner grenzenlosen

Roßheit. Kost und Bogis spotten jeder Beschreibung. Die Schlastelle der Behrlinge befindet sich über den Härtefässern in einem Verschlag auf bloßen Brettern; als Decken benutzen dieselben alte Röcke und Fegen. Aufrecht zu sitzen ist nicht möglich. Die Arbeitszeit beträgt 14 bis 16 Stunden täglich.“

Bessere Daten beweisen, daß das Behringswesen in allen Ländern und in allen Berufen gleich faul ist und dagegen einmal eine gewaltige Agitation von der organisierten Arbeiterschaft unternommen werden sollte.

Die übrigen Untersuchungsergebnisse bieten ebenfalls wenig erfreuliche Bilder. Namentlich scheinen die Arbeiter selbst noch sehr rückständig zu sein, worin denn auch mit eine der Ursachen der vielfach schlimmen Verhältnisse liegt. Die kleine Zahl der in Ungarn überhaupt vorhandenen Feilenhauergehilfen könnte bis auf den letzten Mann organisiert sein, was heute nicht der Fall ist. Da Organisation Vernunft und Ordnung bedeutet, so würde sie mit dem vom Standpunkte der modernen Arbeiterbewegung absolut verwerflichen Blaumachen gründlich aufräumen und eine kürzere Arbeitszeit schaffen, die dann regelmäßig eingehalten würde. Dabei würden die Arbeiter Ordnung haben, nicht heute blau machen und den sauer verdienten Arbeitslohn sinnlos verschwenden und die übrigen Tage der Woche, unmäßig den Körper ruinierend, sich abrauern. Sie würden bei ordnungsmäßigem Leben und unter dem Einflusse der Organisation ihre Lohnsumme zweckmäßiger verwenden als das bei der gepflogenen Unordnung der Fall ist. Bei kurzer Arbeitszeit und organisatorischem Zusammenhalt müßte auch ein höherer Lohn zu erreichen sein und dadurch die Gesamtlage der Feilenhauergehilfen eine Besserung erfahren.

Im Uebrigen möchten wir zu den statistischen Erhebungen selbst noch bemerken, daß, so primitiv und unzulänglich sie sind, sie dennoch Werth besitzen, da sie uns immerhin einen Einblick in die Verhältnisse gestatten, der ohne die gemachte Erhebung nicht geihan werden könnte. Wir meinen deshalb auch, daß die Gewerkschaften, wie bisher schon, auch in der Zukunft sich mit solchen Erhebungen beschäftigen möchten, bis diese Arbeit endlich einmal vom Staate übernommen wird. So mangelhaft alle berartigen Resultate bislang waren, so haben sie dennoch, agitatorisch verwerthet, der mündlichen wie der schriftlichen Agitation als eine positive Grundlage dienen können. Je mehr Material wir über die Lage der Arbeiter gewinnen können, desto sicherer und breiter wird die Grundlage unserer Agitation und unserer Bestrebungen.

### Bereinigung und Ausbau der Arbeiterversicherung.

Die bürgerliche Presse glaubte immer einen besonderen Trumpf auszuspielen, wenn sie die breiteste Behauptung aufstellte, die Sozialdemokraten seien Ideologen, Utopisten, denen jedes praktische Verständnis mangelte, und die darum zu systematischer, organisatorischer Arbeit untauglich seien. Und die so sprachen und noch so sprechen, müssen noch als die zuständigen Organe bezeichnet werden. Es sind ihrer nicht viel. Die Mehrzahl, unfähig, dem ökonomischen Entwicklungsprozeß zu folgen, oder unehrlich genug, in Rücksicht auf den Brodkorb, gewonnene bessere Erkenntnis zu unterdrücken, glaubt ihren Brodgebern damit am besten zu dienen, vor wie nach von den auf Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung abzielenden Bestrebungen der Sozialdemokratie zu fasseln, wogegen dann selbstverständlich als letztes Be-

kämpfungsmittel die schießende Flinte und der hauende Säbel angesehen wurde.

Um den Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie mit positiven Maßregeln zu begegnen und entgegenzuarbeiten, wurde die Versicherungsgegebung in Angriff genommen. Gleich nach der Beratung des Krankenversicherungsgesetzes, bei der die Absicht der Bevormundung der Arbeiter deutlich zum Vorschein kam, und in Folge der Möglichkeit der eigenen Initiative trat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags mit einem Organisationsplan hervor, der in einheitlicher Weise die Frage des Arbeiterschutzes, unter Wahrung des Mitwirkungsrechtes der Arbeiter, zu regeln versuchte. Insbesondere wurde angestrebt, daß die Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes und die aus dem Arbeitsverhältnis resultierenden und damit zusammenhängenden Streitfragen den zu errichtenden Arbeitsräthen unterstehen sollten. Als Grundlage derselben waren die Arbeitskammern gedacht und als Zentralorgan das Reichsarbeitsamt. Anderweitig sollte den Arbeitskammern das Recht zustehen, über alle öffentlich-rechtlichen, insbesondere volkswirtschaftlichen Fragen Gutachten abzugeben.

In hellen Flammen loderte damals der Born bei allen bürgerlichen Parteien auf. Man scheute sich nicht, auch den Arbeiterschutzesgesetzentwurf utopistisch, unausführbar zu nennen, und man gab sich redlich Mühe, mit den elendesten Klopffechterstricksen einander zu überbieten in der Beweisführung, wie unpraktische, ja unfähige Leute die Sozialdemokraten seien. Die Partei, die so gern sich als die arbeiterfreundlichste nennt, die ultramontane, war in diesem Wettlauf stets voran. Scheute sich doch einer ihrer Parlamentarier nicht, der Sozialdemokratie zu unterstellen, sie trete nur darum für die einheitliche organische Organisation in der vorgeschlagenen Form ein, um in den Arbeitsräthen Futterstellen für sozialdemokratische Agitatoren zu schaffen. Ein konservativer Abgeordneter sprach den Arbeitern die Fähigkeit und die Kenntnisse ab, in den für die Begutachtung der Arbeitskammern in Betracht kommenden Fragen ein sachmännliches Urtheil abzugeben. Begründet wurde die Behauptung mit einer zweiten durch nichts bewiesenen Behauptung: die Arbeiter weigerten sich, die ihnen nach dem Krankenversicherungsgesetz obliegenden Pflichten zu übernehmen, und da, wo übernommen, würden sie nur mangelhaft ausgeführt. Es war ein Leichtes, dem betreffenden Herrn klar zu machen, daß in den Betriebsklassen, auf die exemplifiziert wurde, trotzdem die Generalversammlung und der Vorstand zu zwei Dritteln aus Arbeitern besteht, diese, im Hinblick auf die Gefahr der Entlassung, tanzen wie der Betriebsleiter pfeift.

Warum nun damals die fanatische Bornedänerung? Wären die Behauptungen begründet gewesen, so hätte man die verhassten Arbeiter doch nicht besser klammern können, als daß man sie ihre Unfähigkeit hätte erweisen lassen. Unter allen Umständen sollte die Schaffung der Grundlage verhindert werden, auf der ein einheitlicher Aufbau der Arbeiterschutzesgegebung möglich, ausführbar war in Verbindung mit einer billigen Verwaltung und prompten Funktionierung. Indem man die einheitliche Materie zerriß und zersplückte, konnte man nach Herzenslust, ganz wie es das Unternehmerinteresse erforderte, jede einzelne Abtheilung gestalten, hier die Arbeiter bei der Theilnahme der Verwaltung mitwirken lassen, dort wieder ausschließen. Thatsächlich fürchtete man die in der Arbeiterklasse vorhandenen Kräfte, die bei richtiger Entfaltung manchem in der Bureaucratie als Genie Gefeierten eine Nuß zu knaden aufgegeben hätten. Bei der Ueberwachung des Arbeiterschutzes, Ausführung der Unfallver-

hütungsvorschriften und der Bestimmungen der Gewerbeordnung entlebte man sich der Mitwirkung der Arbeiter, wo sie doch am meisten und das Beste hätten leisten können. Bei der Entscheidung über die Streitfälle aus dem Arbeitsvertrag zog man sie heran. Das war für die Bourgeoisie ungefährlich. Materielle Opfer aus dem Arbeitsvertrag bringt die Bourgeoisie schon, wenn ihr Machtgünst dabei Befriedigung gefunden hat. Die größeren Angelegenheiten bei der Erstens der Gewerbebehörde erwachsen den Kleinmeister und die konnte man schon preisgeben.

Bei der Krankenversicherung gestattete man gnädiger Weise ein Vertretungsverhältnis der Arbeiter von 2 zu 1 der Arbeitgeber. Daß diese Vertretung bei den Betriebsklassen belanglos ist, haben wir oben schon dargethan. Die in eigener Verwaltung der Arbeiter stehenden freien eingeschriebenen Hilfsklassen haben sich niemals einer liebenswürdigen Behandlung zu erfreuen gehabt. Es bleibt das Wischen Selbstständigkeit, das sich die Arbeiter mit ihrem Einfluß in den Ortsklassen zu sichern suchen, doch ist es hiermit auch sehr fragwürdig bestellt, indem jeder Arbeitswechsel, beziehungsweise Entlassung, korrigierend eingreifen kann.

Gegen das eigene Fleiß gewilliget hat die Bourgeoisie bei dem Unfallversicherungsgesetz. In den beiden Instanzen, — Schiedsgericht und Reichsversicherungsamt — steht den Arbeitern eine Mitwirkung zu, bei dem Feststellungsbescheid nicht. Da versorgt das Unternehmertum souverän, woraus die zahlreichen Prozesse entspringen müssen, deren Kosten nicht unerhebliche sind. Stände den Arbeitern bei der Festlegung der Rente eine Mitwirkung zu, Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt würden von der Hälfte ihrer Arbeit entlastet.

Die Organisation der Alters- und Invalidenversicherungsanstalten hat nun wieder eine andere Grundlage. Sie sind staatliche Institute. Die Arbeiter haben nur eine Mitwirkung bei der Bestellung des Ausschusses, der wiederum die Schiedsrichter zu wählen hat. Drei Versicherungsgesetze und drei verschiedene Organisationen derselben, eine Buntschiedsgericht, unter der die Arbeiter am meisten zu leiden haben. Bei einem solchen Zustand ist gar nicht daran zu denken, daß der Ausbau der Versicherungsgesetzgebung Fortschritte machen könnte. So steht die Witwen- und Waisenversicherung noch in weiter Ferne, obgleich nach dem Abgang Bismarcks dieser Zweig der Versicherung als in Angriff zu nehmen in nahe Aussicht gestellt war. Von der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit wollen wir gänzlich schweigen, obgleich sie die dringlichste wäre. Die Mängel und Fehler der Versicherungsgesetzgebung sind so offensichtlich, daß ihre Wäter sie selbst eingestehen. Man möchte auch reformieren, aber nicht im arbeiterfreundlichen Sinne. Die Unternehmer wollen nicht allein nicht tiefer in die Tasche greifen, sondern sie möchten sich ihrer Pflichten entledigen.

Eine Gesellschaft, die im Reich die Haupterinnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern zieht, wird sich freiwillig niemals dazu verstehen, größere Lasten aus der Versicherungspflicht zu übernehmen, und so lange dies nicht geschieht, kann eine einheitliche Organisation nicht geschaffen werden. Die Fundierung, der Schwerpunkt ist das Hinderniß, woran die grundlegende Reform scheitert.

Die Sozialdemokraten — die unpraktischen Leute, wissen, wie immer, so auch in diesem Falle Rath. Eine progressive Einkommensteuer, aus der alle Bedürfnisse des Reiches Deckung finden, würde über alle Verlegenheiten hinweghelfen. Zum Mindesten müßte eine Reichsversicherungssteuer gefordert werden. So weit wir

von derselben entfernt sind, so groß ist auch die Lust, die uns von einer einheitlichen, organischen Regelung des Versicherungswesens trennt. Und so lange diese nicht herbeigeführt ist, kann an eine Ausdehnung derselben nicht gedacht werden.

Es ist ein soziales Unrecht, welches an dem Arbeiter begangen wird, wenn er zu den Beiträgen der Versicherung gegen Krankheit, Alter und Invalidität herangezogen wird. Er muß, um leben zu können, Alles opfern. Er reißt, fröhlich durch Noth und Entbehrungen gezwungen, seine Kräfte und damit seine Gesundheit auf. Er riskirt in vielen Vertrieben täglich seine geraden Knochen und das Leben, Alles für einen kärglichen Lohn, von dem er dann auch noch die Beiträge zahlen muß, um ein Unrecht auf Unterstützung in den Tagen der Erwerbsunfähigkeit zu besitzen. Ebenso halten wir auch die einseitige Heranziehung der direkten Unternehmer zu den Kosten der Versicherung für ein soziales Unrecht. Jede Zinszahlung, gleichviel welcher Natur, es sei denn, sie würde von Schwindlern aus dem Kapitalstock geleistet, ist nur möglich durch die Erzeugung neuer Werthe. Jede Zinszahlung ist ein Theil des „Mehrwertes“, des dem Arbeiter vorenthaltenen Arbeitsvertrages. Die Aneignung des „Mehrwertes“ seitens der Besitzer der Arbeitsmittel ist die Ursache der vielen Fährlichkeiten des Proletarierlebens. Deshalb entspricht es nicht nur der Billigkeit, sondern dem einfachen natürlichen Recht, daß Alle, die sich von den Großen der Arbeiter müssen, die Kosten für deren geschädigte Gesundheit und Erwerbsunfähigkeit zu tragen haben.

Nach dem Ausgeführten steht das Eine fest: an einen Ausbau, bezw. Weiterführung des Versicherungswesens, ist ohne Schaffung einer einheitlichen finanziellen Grundlage nicht zu denken. Wer die letztere zu schaffen ablehnt, dem sollten die Arbeiter den Laufpaß geben, und wenn er himmelhoch seine Arbeiterfreundlichkeit behauptet.

### Beitragshöhe und Mitgliederzahl der Gewerkschaften.

Eine viel umstrittene Frage ist die: ob hohe Beiträge in den Gewerkschaften für die Zunahme an Mitgliedern schädlich sind, ob somit durch niedrigere Beiträge die Theilnahme der Berufsangehörigen an den Gewerkschaften vermehrt wird?

Durch die von der Hamburger General-Kommission aufgenommene Statistik über die Gewerkschaften Deutschlands im Jahr 1892, speziell durch die die Statistik ergebende Tabelle über die spezialisirten Ausgaben der Gewerkschaften pro Kopf ihrer Mitglieder, gewinnt die obige Frage eine eigenthümliche Beleuchtung.

Es stellt sich nämlich die überraschende Thatsache heraus, daß diejenigen Organisationen, welche die höchsten Beiträge von ihren Mitgliedern fordern und dementsprechend natürlich auch die höchsten Leistungen üben, durchgängig in ihrer Mitgliederzahl die höchsten Prozentätze sämtlicher Berufsangehörigen repräsentieren.

Möge dies gleich eine Tabelle veranschaulichen, die wir aus dem erwähnten statistischen Material aufstellten, wie auch die Procentberechnung unsere eigene Arbeit ist. Der verzeichnete Beitrag versteht sich wie gesagt pro Kopf jedes Mitgliedes, die nicht gebrachten Zahlen sämtlicher Berufsangehörigen sind der vorjährigen Statistik der General-Kommission entnommen.

Wir gewinnen danach folgende Reihenfolge:

Gewert	Jahresbeitrag	Zahl der Mitgl.	Proz. all. Berufsangeh.
Buchdrucker . . . . .	44,61	18 000	50
Hutmacher u. Kürschner . . . . .	88,90	8 870	18
Glaschandschuhmacher . . . . .	28,71	2 220	74
Porzellanarbeiter . . . . .	20,06	5 110	25
Bildhauer . . . . .	16,68	2 810	56
Zigarrenfortirer . . . . .	12,92	480	24
Kupferschmiede . . . . .	11,58	2 680	25
Leberarbeiter . . . . .	10,97	1 880	8 1/2
Tabakarbeiter . . . . .	9,87	11 080	11
Seller . . . . .	8,78	270	8
Stellmacher . . . . .	8,48	475	2
Glasarbeiter . . . . .	8,09	1 945	4
Maurer . . . . .	8,08	11 840	8
Formen . . . . .	7,48	2 435	7
Zischler . . . . .	7,32	18 090	2
Drechsler . . . . .	7,08	2 300	8
Schmiede . . . . .	7,06	1 700	2
Schneider . . . . .	6,85	8 370	5
Metallarbeiter . . . . .	6,50	6 270	5
Bürstenmacher . . . . .	6,85	26 120	8
Steinseher . . . . .	5,84	860	11
Steinseher . . . . .	5,82	1 925	18
Glaser . . . . .	5,41	1 500	18
Barbiere . . . . .	5,22	515	8
Müller . . . . .	5,14	1 150	2
Buchbinder . . . . .	5,18	2 750	5
Formenstecher und Papierdrucker . . . . .	3,55	450	22
Bauarbeiter . . . . .	2,77	2 000	1 1/2
Korbmacher . . . . .	2,77	1 105	8 1/2
Brauer . . . . .	2,75	8 600	7
Holzarbeiter . . . . .	2,22	610	2
Gold- u. Silberarbeiter . . . . .	2,18	1 985	8
Vergolber . . . . .	1,89	555	5

Obenan figuriren also diejenigen Berühmte, welche die höchsten Beiträge erheben. Die Buchdrucker mit den höchsten Anforderungen werden zwar noch übertriften von den Bildhauern und Glaschandschuhmachern, doch ist dieser Zustand mit den nachfolgenden Kassenkämpfen, der den Mitgliederstand etwas verringerte, in Betracht zu ziehen und ferner ist nicht außer Acht zu lassen, daß es sich unsere Prinzipale seit Bestehen des Verbandes opfermüthig zur Aufgabe machten, durch Gegenorganisationen, als da sind die Fr. Ver. und Orts-Nichtverbandsklassen, neuerdings das Weinweberthum und die Prinzipalkasse, dem Verbands Terrain abzugraben; deshalb ist nur ein geringer Theil Buchdrucker „wild“, daher auch die Schwierigkeit unserer Agitation und unseres Zuwachses, der ja nichtsdestoweniger ein ziemlich zufriedenstellender ist. Man muß sonach die Anziehungskraft tüchtiger Klassenleistungen sehr hoch anschlagen. Dieses Exempel wird nicht bloß auf die Buchdrucker gestützt, als vielmehr auf die ganze Reihe der trotz höchster Beiträge am besten organisirten Gewerke. Selbstverständlich trifft es zusammen, daß die zuerst genannten acht starken Organisationen insbesondere Arbeitslosenunterstützung zahlen und zwar zahlten pro Kopf jedes Mitgliedes: Buchdrucker M. 14,72, Porzellanarbeiter 10,14, Glaschandschuhmacher 9,81, Hutmacher 9,75, Zigarrenfortirer 7,10, Kupferschmiede 3,33, Leberarbeiter 0,32. Wir sehen die Leberarbeiter, man möchte fast glauben in Folge der geringen Leistung für Arbeitslose, verhältnißmäßig am tiefsten stehen und doch den meisten anderen voraus, weil sie wenigstens eine angemessene Restunterstützung gewähren; aus diesem Umstande vereinigt auch der Tabakarbeiterverband zahlreiche Berufsangehörigen in sich. Die Bildhauer, keine Arbeitslosenunterstützung gewährend, finden ein Binde- und Zugmittel stichtlich in der Invalidenunterstützung und einer erheblichen Beihilfe in Sterbe- und Nothfällen. Fassen wir so- dann die hohe Prozentzahlen aufweisenden Gewerkschaften mit den geringeren Beiträgen in's Auge, das sind die Bürstenmacher, Steinseher, Glaser und Formenstecher, so gewahren wir, daß die Glaser auch Arbeitslosenunterstützung führen, die Steinseher dafür ein reichliches Sterbegeld zahlen. Bei den Bürstenmachern und Formenstechern läßt sich die Stärke aus den Unterstützungen nicht erklären, denn sie gewähren wenig oder gar nichts in den mancherlei Zweigen. Es sind an sich kleine Organisationen mit ausnahmeweisen Verhältnissen. Zu nennen wären noch die

Formen mit 7 Proz., Drechsler, Metall- und Gold- und Silberarbeiter mit 8 Proz., ebenso die nächst einigen anderen Gewerkschaften, die das Bild aber nicht vervollständigen, fehlenden Schiffsbauarbeiter mit 18 Proz.; alle diese Organisationen erfreuen sich rühriger Leitungen und eines regen inneren Berufslebens, haben auch billige und dabei gute Blätter, während einige Organisationen, wo die Fachblätter das meiste Geld von Allen kosten, den niedrigsten Stand aufweisen.

Aus unserer Tabelle läßt sich, wie wir nochmals hervorheben, feststellen, daß die Leistungskraft der Gewerkschaften, trotz der vorausgesetzten höheren Steuern, ein starker Magnet ist zur Heranziehung von Mitgliedern. Die Theorie von der Möglichkeit niedriger Steuern = geringer Leistungen, von dem „geistigen Bande“, scheitert an den Thatsachen, wie sie uns die Statistik lehrt. Die Gewerkschaften sind eben nur verwertbar für pure materielle Zwecke, Ideale verfolgen die Menschen in allgemeinen Kreisen, wo dies lohnender ist.

Ursprünglich wollten wir die in den einzelnen Branchen üblichen Löhne mit in den Kreis der Betrachtung ziehen, indeß nur die verzwickten Nachweisungen der Berufsgenossenschaften, die außerdem vielfach die verschiedensten Berufe umfassen, ständen dafür zu Gebote und das gäbe ein verschobenes Bild. Immerhin ist an diesen Nachweisen zu konstatiren, daß die Aufwendungen für die Gewerkschaften nichts weniger als im Zusammenhang stehen mit höherem oder niedrigerem Lohn. Es ist ja wahr, daß die Buchdrucker die fünfte Stelle einnehmen bei der Lohnskala, aber z. B. die Brauer und Mälzer, deren Lohnsatz 77 Mark jährlich höher (978 M.) nothirt ist, zahlen wenig mehr als den sechzehnten Theil ihrer Steuer und im Allgemeinen differiren die Löhne der gelernten Arbeiter nur um wenig, kolossal dagegen die Leistungen zu den Gewerkschaften. Die Größe oder Schwäche der Gewerkschaften hängt demnach offenbar hauptsächlich von der Beschäftigung oder Indifferenz der Arbeiter ab.  
(„Correspondent.“)

### Die Stellung der politischen Bewegung zur Gewerkschaftsbewegung

behandelte der Abgeordnete Viebnecht in einer großen Rede, die derselbe am 29. Okt. in Bielefeld über den Kölnener Parteitag hielt. Nach einem in der in Bielefeld erschienenen „Volkswacht“ in ausführlicher Weise enthaltenen Bericht wies Viebnecht bezüglich der Gewerkschaftsfrage zunächst darauf hin, daß die Gegner schon vor dem Parteitag erhofft hatten, diese Frage werde in Köln der Apfel der Zwietracht sein, der Uneinigkeit und Verwirrung in die Reihen der Partei bringen würde. Das war aber eitle Hoffnung, denn diese Frage bildet keine Streitfrage mehr, da einstimmig die Ansicht herrscht und schon mehr als einmal auf den sozialdemokratischen Parteitagen ausgesprochen wurde: daß mit der politischen Agitation und Organisation die Förderung der gewerkschaftlichen Bewegung Hand in Hand zu gehen hat. Bei der fast zweiwöchigen Gewerkschaftsdebatte ist auch ein grundsätzlicher Gegenstand nicht zum Ausdruck gelangt. Der Vortrag von Begien habe gezeigt, daß demselben zu wenig Zeit für die Vorbereitung zur Verfügung gestanden habe. Er sei dadurch auf das persönliche Gebiet gerathen, wodurch sich eine unweilend recht gereizte persönliche Auseinandersetzung entwickeln mußte. Viebnecht fährt dann weiter aus:

Was mich persönlich betrifft, so habe ich als junges Mädchen in England, wohin mich die politischen Stürme verschlugen, die großen gewerkschaftlichen Organisationen studirt, welche damals nach dem Erlöschen der christlichen Bewegung die hervorragende Erscheinung der großen englischen Arbeiterbewegung bildeten und heute noch bilden. Während meiner 18 Flüchtlingsjahre in England habe ich mich theoretisch und praktisch aufs eifrigste mit den Gewerkschaften beschäftigt und als ich 1862 nach Deutschland zurückkehren konnte, war meine erste politische Thätigkeit den Gewerkschaften gewidmet. Ich hielt im Berliner Buchdruckerverein und anderen Vereinen eine Reihe von Vorträgen über die Arbeitsunten und deren Bedeutung

und empfahl die Gründung ähnlicher Organisationen für Deutschland. Und auch späterhin ist alle Zeit für die Gewerkschaftsbewegung eingetreten, für die ich wohl in Deutschland die erste Lunge gebrochen habe.

Die englischen Gewerkschaften haben eine weit ältere Geschichte als die ähnlichen Organisationen auf dem Kontinent, die fast ausnahmslos Nachahmungen der englischen sind. Sie sind direkt aus den alten Gesellenzünften und Verbänden des Mittelalters hervorgegangen, deren Formen, der veränderten Zeit gemäß, neuer Inhalt eingegeben ward, deren Rahmen und Ziele sich Schritt für Schritt mit der technischen und gewerblichen Entwicklung ausdehnten. Es sind Organisationen mit vielhundertjährigen Wurzeln. So ist es begreiflich, daß drüben in England die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft jedem Arbeiter etwas Selbstverständliches ist. Aber obwohl dort die Gewerkschaftsorganisation zur höchsten Vollendung gelangt ist und über 1 1/2 Millionen Arbeiter in den Trades-Unions fest geschlossen neben einander stehen — eine wahre Miesnarmer — so haben die englischen Arbeiter doch ihre Emanzipation nicht bewirkt und sind heute in ihrer großen Mehrheit zu der Einsicht gekommen, daß ohne politischen Kampf die Gewerkschaftsorganisation nicht ausreicht und daß ohne politische Parteiloyalität der Sieg nicht möglich ist. Die englischen Arbeiter streben daher jetzt, wie auf dem internationalen Kongreß in Zürich und auf dem jüngsten Gewerkschaftskongreß zu Belfast sich herausstellte, genau so wie die deutschen danach, die Linke der Gewerkschaft in ihre Hand zu bekommen.

Das Geschlecht der alten Nichts-als-Gewerkschaftler, die in den Gewerkschaften das A und das O erblicken und dem utopischen Ideal nachhaken, durch eine Steigerung der Gewerkschaftsorganisationen das Kapital abzuwinden zu können, stirbt allmählich aus, und die Neuen Gewerkschaften entstehen, die begriffen haben, daß der Klassenkampf auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung nicht zum Sieg führen kann, daß der Sturm des Kapitalismus erstrebt werden muß, und daß dieses Ziel nur dadurch zu erreichen ist, daß die Arbeiterklasse sich der politischen Gewalt bemächtigt und die Waffen, die bisher von den Kapitalisten gegen sie gebraucht wurden, nun gegen die Kapitalisten gebraucht.

Also politischer Kampf neben dem gewerkschaftlichen Klassenkampf lautet die Losung jetzt in England. Und den Kern, den festen Stamm dieser modernsten politisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in England bilden die in den Trades-Unions vereinigten Arbeiter.

Wenn nun in England, wo die Gewerkschaftsbewegung zur höchsten Blüte, ja zur fast denkbaren höchsten Vollendung gelangt ist, von den Gewerkschaftlern selbst der Standpunkt eingenommen wird, daß beide Richtungen der einen großen Arbeiterbewegung, sowohl die politische als die gewerkschaftliche, einander notwendig haben, einander ergänzen, so ist das eine Tatsache, die den deutschen Arbeitern als Lehre und Mahnung dienen muß. Und es wäre eine unerbittliche Thorheit, wollten wir in Deutschland nun einseitig die Gewerkschaftsbewegung pflegen, in dem Augenblick, wo die Unzulänglichkeit der einseitigen, anschlusslosen Gewerkschaftsbewegung in dem klassischen Lande der Gewerkschaften durch die bitteren Erfahrungen von Menschenaltern klar gemacht worden ist. Von den Erfahrungen unserer englischen Genossen müssen wir lernen. Das Eine thun und das Andere nicht lassen. Gewerkschaftsbewegung und politischer Kampf! Nicht Befehdung der beiden Richtungen, sondern festes Zusammenstehen! Das sind wir uns, das sind wir der großen Sache der Arbeiterbefreiung schuldig. Nicht soll Eifersucht zwischen den Vertretern der beiden Richtungen obwalten; auch bei uns wie in England sollen beide den Kampf gegen den alleinigen Gegner, gegen den gemeinsamen Feind: die kapitalistische Gesellschaft, gemeinsam führen.

In Deutschland nehmen die gewerkschaftlichen Organisationen nicht entfernt eine so starke Position ein wie in England. Aber trotzdem beruht es auf einem Irrtum, wenn man hier und da wohl gesagt hat, in den „lebensden Kreisen“ der Sozialdemokratie würden die vorhandenen schwachen Gewerkschaften geringfügig angesehen und man räume ihnen nicht den ihnen gebührenden Einfluß auf die Gestaltung des entbrannten Klassenkampfes ein. Eine solche Ansicht herrscht nicht in der sozialdemokratischen Parteiloyalität. Nur dann würde diese Einspruch erhoben — und mit Recht — wenn viellecht ein enragierter Gewerkschaftler die Meinung verheihen wollte, daß vermittelst der Gewerkschaften allein unser Ziel zu erreichen und folglich die politische Bewegung überflüssig sei. Eine solche Abwegung können wir im Interesse der Arbeiterklasse nicht dulden. Wie in England die schwächere politische Arbeiterbewegung sich anlehnt an die starken Gewerkschaften, so lehrt es umgekehrt bei uns in der Natur der Dinge, daß die schwächeren Gewerkschaften an die starke

politische Organisation sich anlehnen. Wir schätzen die gewerkschaftlichen Organisationen hoch und erwarten von ihnen Hilfe im Klassenkampf, der ja die Basis des politischen Kampfes ist.

Überbings ist es meine Meinung und auch die vieler meiner Freunde: ich glaube nicht, daß jemals die gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland eine ähnliche Höhe der Entwicklung erreichen werden wie in England. Und das glaube ich, weil ich überzeuge bin, daß, bevor diese Entwicklungshöhe erreicht sein kann, bereits auf der Basis des Kapitalismus über den Zwangsbürgen der deutschen Bourgeoisie die rote Fahne siegreich wehen wird.

Aber bis zur Erreichung dieses Zieles fällt den deutschen Gewerkschaften eine reiche und schöne Aufgabe zu. Die gewerkschaftliche Organisation gibt der Masse der Arbeiter erst das nötige Selbstgefühl und die nötige Widerstandskraft. In den Gewerkschaften werden die Soldaten für den großen Befreiungskampf des Proletariats erzogen. Da erwerben die Rekruten Klassenbewußtsein und Disziplin. Und was können die Gewerkschaften nicht für die Propaganda, für die Verbreitung unserer Lehren thun! Neun Zehntel unserer heutigen Gegner sind Proletarier und gebären daher naturgemäß zu uns, Soldaten, Politikern, die Hunderttausende von kleinen und mittleren Beamten, die ländlichen Arbeiter und die Kleinbauern — alle diese ungezählten Hunderttausende, sie sind Proletarier, aber sie wissen es heute noch nicht oder haben es wenigstens noch nicht klar erkannt.

Der Kleinbauer sieht allerdings nominell auf seinem eigenen Grund und Boden; aber wenn man die Hypothekenzustände des kleinen Landbesitzers kennt, dann weiß man, daß der Kleinbauer thatsächlich Tag ein Tag aus sich abdrücken muß, um nur die schier unerträglich gewordenen Hypothekenzinsen herauszuwirtschaften; der Grund und Boden, auf dem er wohnt und arbeitet, ist also in Wirklichkeit gar nicht mehr sein Eigentum. Kurz, der Kleinbauer ist nur ein Scheinbauer; er glaubt Eigentümer zu sein und ist nur Proletarier. Er glaubt der Bundesgenosse und Bruder des Junker und Kapitalisten zu sein und ist nur dessen Opfer. In seiner Verblendung dünkt er sich mehr als Lohnarbeiter und in Wirklichkeit leidet die große Mehrzahl der Kleinbauern weit schlechter, schindet sich weit mehr ab, als der Industrieproletarier der Städte. Das muß dem Bauer zur Erkenntnis gebracht werden. Und das Gleiche gilt von den meisten unserer sonstigen Gegner. Hier, in der Propaganda, bietet sich nun den Gewerkschaften ein fruchtbares Gebiet der Tätigkeit. Sie sollen die der Sozialdemokratie noch theilnahmlos gegenüberstehenden Arbeiter- und Proletariatsmassen in Stadt und Land über die Grundbedingungen der wirtschaftlichen und sozialen Zustände aufklären. Der auf dem Land vereinzelt Arbeiter ist — davon habe ich mich selbst an so vielen Beispielen überzeugt — für die Sozialdemokratie gewonnen, sobald er in eine Gewerkschaft eingetreten ist. Und in die Gewerkschaft kommt er leichter als in die politische Partei — das Feind ist näher als der Feind. Sogar die kapitalistischen Nationalökonomien haben begriffen, daß jede gewerkschaftliche Organisation das Klassenbewußtsein weckt und zum Klassenkampf drängt. In demselben Augenblick aber, wo im Proletariat das Klassenbewußtsein geweckt ist, hört er auf, unser Gegner zu sein, und je mehr er einbringt in das Verständnis seiner Klassenlage, um so mehr reißt er innerlich zum überzeugten Sozialdemokraten heran.

Neben dieser schönen, mehr auf erzieherischem Gebiet liegenden Tätigkeit heben die Gewerkschaften ein anderes und weites Feld der praktischen Tätigkeit übrig — ich meine auch eigentlich gewerkschaftliche Wirken. Wenn auch momentan, wo unsere Industrie sich im Zeichen des Niederganges und der sogenannten Ueberproduktion befindet, zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Verbesserung der Löhne, diesen beiden Kardinalpunkten jeder gewerkschaftlichen Bewegung, mit Aussicht auf Erfolg nicht viel unternommen werden kann, so ist einer gut organisierten Gewerkschaft doch auch heute möglich, Abwehrmaßregeln zu treffen, um einer fortschreitenden Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entgegenzutreten. Noch ist das Kapital bei uns in Deutschland lange nicht so konzentriert wie in England, und bei der gegenseitigen Uneinigkeit, die unter den industriellen Deutschlands noch zum großen Teil herrscht — trotz aller Unternehmerverbände gegen die Arbeiter — werden sich geeignete Punkte entdecken lassen, wo die Gewerkschaften ihren Hebel ansetzen können, um nützlich für ihre Mitglieder wirken zu können.

So zeigt es sich, daß auch im Zeitalter des konzentrierten Kapitalismus eine gewerkschaftliche Organisation nicht nur sehr wichtige Aufgaben zum Heile des Proletariats zu erfüllen hat, sondern daß sie diese auch, falls die Organisation nur stark gefügt ist und geschickt geleitet wird, trotz heftiger Anfeindungen der Kapitalisten erfüllen kann. In der ersten

Reihe, die ich 1862 aus England zurückgebracht, in Deutschland hielt, in der ich zur Gründung von Gewerkschaften aufforderte, verglich ich damals die englischen Trades-Unions mit jenem Miesendampfhauer, von dem gesagt wird: er kann eine Gierichale zerbrechen, ohne den Doktor zu zerdrücken und er kann den härtesten Stahlblock mit einem Schläge in Atome zerschmettern. Bis jetzt haben die englischen Gewerkschaften nur Gierichalen zerdrückt, wenn aber der richtige Geist und Wille den Hammer führt, dann zerschmettert er die kapitalistische Gesellschaft zu Pulver. Unsere deutschen Gewerkschaften sind noch nicht so stark, sie sind noch nicht in der Lage, den Feind bis in's Mark zu treffen. Aber bei sorgfältigem Ausbauen kann und muß die gewerkschaftliche Organisation in der Hand des zum politischen Kampfe angeleiteten Proletariats zu dem Hammer werden, der den kapitalistischen Gesellschaftsbau in Trümmer schlägt!

Weibe, die politische Bewegung wie die gewerkschaftliche, bilden vereint erst die eine, die ganze proletarische Bewegung und daher ist es für Jeden, der in dieser mit vollem Zielbewußtsein seine Stellung einnimmt, eine selbstverständliche Pflicht, weder die eine noch die andere auf Kosten der anderen zu bevorzugen oder zum Vortheil der anderen zurückzusetzen. Die in Köln einstimmig angenommene Resolution drückt diesen Gedanken, diese Verpflichtung aus und jeder gute Sozialdemokrat hat deshalb der allgemeinen politischen und der ihm zuständigen gewerkschaftlichen Bewegung anzugehören. Die politische Bewegung allein würde schwer zum ersten Ziele führen, weil ohne gewerkschaftliche Organisationen die Gefahr nahe liegt, daß das Proletariat wirtschaftlich und sozial durch das Kapital auf eine zu tiefe Stufe herabgedrückt werde, als daß ein erfolgreiches Ausraffen noch möglich wäre. Eine bloß gewerkschaftliche Bewegung andererseits würde zweifellos über allerhand nebensächlichen Dingen, wie Versicherungsweisen, Arbeitsnachweis u. dgl., das große Ziel aus den Augen verlieren, die proletarische Bewegung verflachen und notwendig zur Vermumpfung führen, also bei einigen unwesentlichen Erleichterungen eine Verlängerung des heutigen Zustandes begünstigen.

Drum wiederhole ich: es gilt hier das alte, etwas hausbackene Wort: das Eine thun und das Andere nicht lassen!

### Streiks im Jahre 1892.

Eine Zusammenstellung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Korrespondenzblatt zeigt, daß in Deutschland im Jahre 1892 in 21 Zentralorganisationen 73 Streiks vorliefen, an welchen 3022 Arbeiter beteiligt waren. Die Streiks dauerten zusammen 507 Wochen und erstforderten eine Ausgabe von 84638 M. In dieser Summe sind jedoch die Ausgaben, welche die Zigarrensortierer und Handschuhmacher für Streiks zu machen hatten, nicht mit eingerechnet. Bei den Handschuhmachern wird sich die Ausgabe auf ca. 18—19000 M. stellen, so daß die 73 Streiks annähernd 110000 M. Ausgabe erfordert haben dürften.

In den Jahren 1890 und 1891 wurden in 27 Zentralorganisationen für 226 Streiks 2094922 M. ausgegeben. In dieser Zusammenstellung fehlen aber verschiedene Organisationen, so die Tabakarbeiter, die circa 600000 M. in den beiden Jahren für Streiks ausgaben. Es dürften demnach in den Jahren 1890 und 1892 circa 3 Millionen Mark für Streiks ausgegeben worden sein.

In den Jahren 1890 und 1891 waren von den 226 Ausständen 79 Abwehr- und 147 Angriffstreiks. Es ergibt sich hieraus, daß die Arbeiter, sich stützend auf die Organisation, bestrebt waren, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Angriffstreiks fallen aber hier zum größten Teil auf das Jahr 1890. Im Jahre 1891 waren die Arbeiter mit wenig Ausnahmen genötigt, sich ihrer Haut zu wehren. Das Unternehmertum fühlte seine Macht, besonders in Folge der Niederlagen, welche die Arbeiter nach der Maierei 1890 erlitten. Die Arbeiter waren genötigt, Lohnreduzierungen und Arbeitszeitverlängerungen, so wie die Vernichtung ihrer Organisationsfreiheit, zu verhindern. Im Jahre 1892 war das Verhältnis für die Arbeiter noch ungünstiger. Es mußten 53 Abwehrstreiks inszeniert werden. Davon sollten 25 eine Lohnreduzierung, 6 eine Verlängerung der Arbeitszeit verhindern, während 7 um die Erhaltung der Koalitionsfreiheit, 10 wegen Maßregelung und 8 wegen Einführung einer die Arbeiter bedrückenden Fabrikordnung geführt wurden. Von den Abwehrstreiks waren 19 erfolgreich, während 9 theilweise erfolgreich und 24 erfolglos verliefen.

Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Lage wurde doch in 10 Zentralorganisationen in 20 Fällen versucht, eine Verkürzung der Arbeitszeit oder eine Lohnerhöhung durch einen Streik zu erringen. Von diesen 20 Ausständen waren nur 6 erfolgreich und 6 theilweise erfolgreich, während 8 erfolglos

blieben. Es ist dies ein Beweis dafür, daß in der Zeit der wirtschaftlichen Krise die Arbeiter nur selten Erfolg mit Angriffstreiks haben.

### Der § 82b des Krankenversicherungs-Gesetzes

bedroht mit Gefängnis, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 8000 M., sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, Arbeitgeber, welche den von ihnen beschäftigten Personen auf Grund des § 53 Lohnbeiträge in Abzug bringen, die Beiträge aber in der Absicht, sich oder einem Dritten rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, oder die berechtigte Gemeinde-Krankenversicherung oder Krankenkasse zu schädigen, den letzteren vorzuenthalten.

Besüglich der Anwendung und Auslegung dieses Paragraphen hat der preussische Justizminister auf folgende Gesichtspunkte hingewiesen:

Eine strafrechtliche Verfolgung auf Grund dieser Vorschrift ist wiederholt in Fällen abgelehnt worden, in denen die Arbeitgeber — meistens sog. Bauunternehmer — festgestelltemassen völlig mittellos waren oder die ihnen von dritten Personen zugesicherten Baugelder nicht vollständig erhalten hatten. Es wurde hierbei erwogen, daß einem Arbeitgeber, welcher nicht im Besitze der in Abzug gebrachten Lohnbeiträge sich befunden habe, eine Vorenthaltung der letzteren nicht zur Last falle, jedenfalls aber nicht die Absicht unterlegt werden könne, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen oder die Krankenkasse zu schädigen. Demgegenüber wird zu beachten sein, daß der Begriff des Vorenthaltens nicht notwendig den Besitz einer bestimmten Sache oder Summe voraussetzt, sondern auf geschuldete Leistungen überhaupt zu beziehen ist und die vorsätzliche Nichterfüllung derselben bedeutet. Die Arbeitgeber sind aber nach § 52 a. a. O. verpflichtet, die Beiträge und Eintrittsgelder, welche für die von ihnen beschäftigten Personen zur Gemeinde-Krankenversicherung oder zu einer Ortskrankenkasse zu entrichten sind, einzuzahlen; sie sind andererseits nach den §§ 51, 53 verpflichtet, die auf die versicherungspflichtigen Personen entfallenden Beiträge — d. h. die Eintrittsgelder und zwei Drittel der Beiträge zur Krankenversicherung — bei den Lohnzahlungen einzubehalten. Abgesehen von dem hier nicht in Betracht kommenden Falle, daß die Arbeitgeber die Beiträge vorschaufweise an die Krankenkasse gezahlt haben und durch die Lohnabzüge nur eine Erstattung ihrer Auslagen erlangen, steht jener Verpflichtung zu den Lohnabzügen die im § 82b als selbstverständlich vorausgesetzte Verpflichtung gegenüber, daß sie die in Abzug gebrachten Lohnbeiträge auch der Krankenkasse zufließen lassen. Bringt nun ein Arbeitgeber gemäß § 53 Lohnbeiträge in Abzug, wohl wissend, daß er wegen Unvermögens die entsprechende gesetzliche Verpflichtung zu erfüllen außer Stande ist, so wird diese Nichterfüllung unbedingt als eine von ihm gewollte oder vorsätzliche angesehen werden müssen. Und nicht anders wird der Fall zu beurtheilen sein, wenn der Arbeitgeber auch nur dessen sich bewußt gewesen ist, daß es zur Zeit des Lohnabzugs nach dem Stande seiner Vermögenslage zweifelhaft war, ob er jener Verpflichtung werde genügen können; — auch in diesem Falle hat er bei der Vornahme des Lohnabzuges die Nichterfüllung seiner gesetzlichen Verpflichtung eventuell gewollt. Der Erfolg solcher Handlungsweise wird aber regelmäßig der sein, daß der Arbeitgeber eines Theils durch die theilweise Tilgung seiner Lohnschuld mittelst Aufrechnung sich einen Vermögensvorteil verschafft hat, auf den er nur unter der Voraussetzung, daß er die dem Lohnabzug entsprechende gesetzliche Verpflichtung erfüllen werde, ein Recht hatte und daß er andererseits die Krankenkasse durch die Nichtgewährung der am Lohne gekürzten Beiträge direkt geschädigt hat. Dieser Erfolg wird auch als beabsichtigt angesehen sein, wenn der Arbeitgeber den Eintritt desselben voraussehen mußte. Die Mittellosigkeit wird hiernach regelmäßig beim Arbeitgeber eine Entlastung von der Strafvorschrift des § 82b nicht gewähren können.

In anderen Fällen ist die strafrechtliche Verfolgung zur Anzeige gedachter Arbeitgeber abgelehnt worden, weil dieselben ihre Buch- und Kassensführung oder die Besorgung der Lohnzahlungen anderen Personen (z. B. einem Buchhalter oder dem Ehegatten) überlassen und von der Nichtabführung der in Abzug gebrachten Lohnbeiträge an die Krankenkasse selbst keine Kenntnis hatten. Die Arbeitgeber sind allerdings gesetzlich beugt, die Erfüllung der ihnen durch das Krankenversicherungs-Gesetz auferlegten Verpflichtungen solchen Personen zu übertragen, welche sie zur Leistung ihres Betriebes oder eines Theiles desselben oder zur Beaufsichtigung bestellt haben. (§ 82a Abs. 1). Sind aber die in dem Krankenversicherungs-Gesetze gegebenen Vorschriften — also auch die Vorschrift des § 82b von solchen Personen übertreten worden, so trifft die Strafe die Letzteren (§ 82a

Abf. 2). Zudem der § 82a nicht eine allgemeine Vertretung in dem Geschäftsbetriebe voraussetzt, sondern schon anwendbar ist, wenn nur „ein Theil des Betriebes“ übertragen ist, wird unbedingt je nach den Umständen gegen die mit dem Rechnungswesen oder den Kassengeschäften betrauten Personen bei einer Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des § 82b strafrechtlich vorgegangen werden können. Daneben wird die Vorschrift des § 82a Abf. 2 zu beachten sein, daß der Arbeitgeber neben den von ihm beauftragten Personen strafbar ist, wenn die Zuwiderhandlung mit seinem Vorwissen begangen wurde oder wenn er bei der nach den Verhältnissen möglichen eigenen Beaufsichtigung des Betriebes, oder bei der Auswahl oder der Beaufsichtigung der Betriebsleiter oder Aufsichtspersonen es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.

Sollte endlich die strafrechtliche Verfolgung aus dem § 82b nach den besonderen Umständen des Fall 8 nicht angängig oder durchführbar erscheinen, so wird zu erwägen sein, ob nicht wenigstens der nach § 82 mit einer Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Haft bedrohte Zustand des § 58 Abf. 3 vorliegt, wonach Arbeitgeber, deren Zahlungsunfähigkeit im Zwangsverwaltungsverfahren festgestellt worden ist, verpflichtet sind, die Beträge der von ihnen gemachten Lohnabzüge „sowie, nachdem der Abzug gemacht worden ist, an die berechtigten Rasse abzuliefern“. Der § 58 unterscheidet nicht, ob das Zwangsverwaltungsverfahren, durch welches die Zahlungsunfähigkeit festgestellt ist, wegen der Beiträge zur Krankenkasse oder wegen irgend welcher anderen Forderungen stattgefunden hat. Die bloße Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers ist hier unter Strafe gestellt, um den Kranken gegen das schädigende Treiben solcher Arbeitgeber einen ausgedehnten Schutz zu verleihen.

### Zur Beachtung!

Der Weihnachtsfeiertage wegen ersuchen wir, alle für Nr. 52 bestimmten Einsendungen, Anzeigen u. s. w. so frühzeitig abzusenden, daß sie am Freitag, den 22. Dezember in unseren Händen sind.

### Die Expedition der „D. M. A. Z.“

### Korrespondenzen.

#### Draht-Arbeiter.

**Mechranau.** Am 5. Dezember fand im Gasthaus zur Rose unsere zweite Versammlung statt. Dieselbe war zahlreich besucht. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation wurde noch über die Verhältnisse in der Seilerei von Gebr. Wolf u. Komp. gesprochen, wobei sich herausstellte, daß die Versprechungen, die man den Drahtziehern aus Rheintal bei ihrer Anstellung gemacht, sich in keiner Weise erfüllt haben. Die Löhne sind heute auf eine ganz niedrige Stufe herabgesunken, und damit auch die Ernährungsweise. So wurden innerhalb eines Jahres Lohnabzüge von über 40 Prozent gemacht, auch werden die Drahtzieher gewissermaßen gezwungen, ungelernete Arbeiter anzulernen, um dadurch billigere Arbeitskräfte zu erhalten, um dann gegebenen Falls die alten Arbeiter auf's Neue werben zu können. Das mögen sich die Drahtzieher im Rheintal gesagt sein lassen und nicht so leicht auf den Lärm geben. — Ferner wurde als Lokal das Gasthaus zum Löwen, wo alle 14 Tage eine Versammlung stattfindet, bestimmt.

#### Metall-Arbeiter.

**Schaffenburg.** Am 18. Nov. fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse Wolderauer aus Karlsruhe über die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung referierte. Mehrere Ziele durch seinen klaren Vortrag allgemeinen Beifall. Zum Schluß nahm der Vorsitzende das Wort und forderte diejenigen, die dem Verbände noch nicht angehören, auf, denselben beizutreten, worauf sich 8 neue Mitglieder aufnehmen ließen. Zu bedauern war nur, daß die Versammlung schwach besucht war. Am 14. Nov. war die Wahl der neuen Ortsverwaltung. Es wurden gewählt: R. Götzen, Schloffer, Seb., Damm bei Schaffenburg, Schultze 118a; Adam Eisenhauer, Schloffer, Raffner, Fabrikstr. 10; R. Schäfer, Schloffer, Schmutz, Spengler und Peiri, Forner als Revisor. — Herberge und Verkehrslokal: „Gasthaus zum Bahnschen Hof“, Bäckerstraße. Wir ersuchen die reisenden Kollegen, nur im „Bahnschen Hof“ zu logieren. Vom 1. Jan.

1894 ab wird hier eine Bahnhalle errichtet.

**Berlin.** Am Sonntag, den 26. Nov. fand eine kombinierte Mitgliederversammlung der Filialen Berlin I, Norden und Nigooer statt. Das Referat über „Alte und neue Zeit“ hatte Herr Dr. Winn übernommen und führte an: Schon in alter Zeit hatten die kleinen Leute unter der Herrschaft der Priester und Krüger zu leiden. Es herrschte ebenfalls der Klassenkampf schon, denn der Kaufmann glaubte höher zu stehen als der Arbeiter. Noch mehr läßt sich das erkennen bei den alten Völkern, welche glaubten, aus Gott hervorgegangen zu sein. Ferner kam Referent auf die Sonntagsruhe zu sprechen. Diejenigen, welche gegen die Sonntagsruhe waren, meinten, wenn der Arbeiter 60 freie Tage im Jahr habe, so wäre das genug, aber sie bedachten nicht, daß er unter Umständen sogar 865 Feiertage im Jahr habe. Referent sprach über das Sklaventum, daß in früheren Tagen Menschen auf den Markt gebracht und zu einem Artikel wurden, welcher, wenn viel da war, gering und im entgegengesetzten Fall besser bezahlt wurde. Dies ist heute noch so, wenn wenig Arbeit ist und viel Arbeiter da sind, so zahlt man ihnen keinen oder sehr wenig Lohn, umgekehrten Falls zahlt man bessere Löhne. In früheren Zeiten wurde das Eisengeld eingeführt und so verschwand der Gedanke, sich vom Golde blenden zu lassen. Es wurde nur den seinen Dirnen gestattet, Gold und Schmelze zu tragen. Zum Schluß ging Referent darauf ein, daß dem Volke die Wissenschaft immer mehr zugänglich werde, aber man müßte nicht einseitig verfahren, sondern sich die wirtschaftliche und politische Wissenschaft angeeignen suchen. — Dann wurde beschlossen, nach Weihnachten ein Flugblatt zu verbreiten. Zu „Herbergswesen“ wurde beschlossen, zum 1. Januar die Herberge nach der Neuen Friedrichstraße 20, zu Herrn Preis, zu verlegen und der Herbergskommission aufzutragen, strenge dafür Sorge zu tragen, daß die Beschwerden im neuen Herbergshotel unterbleiben. Auf die Ausführungen in Nr. 47 der Metallarbeiterzeitung wurde Kollegen Berger bedauert, daß die Agitation im Norden wohl richtig sei, nur vielleicht nach Berger's Ansicht nicht, denn wer in der Lokal- und Zentralorganisation sei, der könnte das nicht beurteilen. Entweder müsse man Eines thun oder das Andere lassen. Ferner gab der Bevollmächtigte Glück bekannt, daß am 16. Dez. die Neuwahl der Ortsverwaltung bei Schönig, Stadtschreiberstr. 29 stattfindet und daß der Bevollmächtigte für Nigooer, Julius Bierweg, Bergstr. 116, wohnt.

**Gannstatt.** (Allgemeine Bahnhalle.) Die Einrichtung unserer 14tägigen Mitgliederversammlungen scheint sich gut zu bewähren, indem diese Versammlungen nach und nach besser besucht werden, wie die früheren Monatsversammlungen. Dazu trägt allerdings bei, daß sie mehr wie sonst durch passende Vorträge (gehalten von Kollegen) gewürzt werden. Die letzte Versammlung am Samstag, den 25. Nov., befaßte sich mit allgemeinen Angelegenheiten. Der Bericht über die Vertreterversammlung der vereinigten Gewerkschaften ergab als wichtigsten Punkt die Aufrechterhaltung der Arbeiterbildungsschule. Diese zu unterstützen, wurde beschlossen pro Mitglied und Monat 1 J beizusteuern. Ein Kollege forderte sodann die Mitglieder auf, die Arbeiterbildungsschule und die damit verbundene Bibliothek recht fleißig zu besuchen und zu benutzen, andernfalls das Geld hinarangeworfen wäre. Kollege Waldmann brachte die Gewerkschaftsdebatte vom Kölner Parteitage zur Sprache und bedauerte, daß auch in Gannstatt von Seiten der meisten, auch ältern Parteigenossen der Gewerkschaftsbewegung nicht die Unterstützung zu Teil werde, welche man nach den bisherigen Parteibeschlüssen erwarten könne. Er bedauerte ferner, daß auch unsere „Metallarbeiterzeitung“ bei jener Gelegenheit sehr wenig zu Gunsten der Gewerkschaften eingetreten sei, was man von anderen Gewerkschaftsorganen nicht sagen könne. Es wurde auch eine diesbezügliche Resolution mit folgendem Wortlaut einstimmig angenommen: „Die heute am 25. Nov. tagende Mitgliederversammlung der allgemeinen Bahnhalle des deutschen Metallarbeiterverbandes in Gannstatt brüdt der Redaktion der Metallarbeiterzeitung ihr Bedauern darüber aus, daß dieselbe bei Gelegenheit des Berichts über die Gewerkschaftsdebatte auf dem Kölner Parteitag nicht energisch für die Interessen der Gewerkschaften eingetreten ist, wie es in andern Gewerkschaftsorganen z. B. in der „Holzarbeiter-“ und „Buchbinderzeitung“ geschieht ist. (Nachdem vom Parteitage die Interessen der Gewerkschaften vollständig berücksichtigt wurden, lag für uns keine Veranlassung vor, uns ebenfalls in unnotwendigen Ausstellungen zu ergeben. (Hed.) Zum Schluß wurde an die geplante Berufs- und Lohnstatistik erinnert und bekannt gegeben, daß unsere Weihnachtsfeier in Gemeinschaft mit den Sektionen der Forner und Kesselschmiede am 10. Dezember im großen Saale des „Rußischen Hofes“ stattfindet.

**Coburg.** Auf den Artikel aus Coburg in Nr. 47 würden wir erwidern, daß der Genosse wohl etwas zu scharf über uns geurteilt hat. Er hat ja ganz recht, wenn er angibt, daß nur 8 oder 4 Mann die Versammlungen besuchen. Was in unseren Kräften steht, haben wir versucht, um die Verwaltungsstelle zu heben, aber da die hiesigen Genossen immer die alte Bauheit an den Tag legen und Niemand in die Versammlung kommt, so muß man jede Lust zur Thätigkeit verlieren. Um das „Regeln des Bevollmächtigten“ etwas klarer zu legen, so ist die Sache ganz einfach. Als ich unser Versammlungslokal betrat, waren 4 Mitglieder anwesend, darunter der Kassier und Einsender des Artikels in Nr. 47 und als Niemand vor halb 10 Uhr kam, da bin ich erst zum Regeln gegangen. Der Wirth hat mir selber einmal vorgeworfen, daß er wegen 4 Mann sein Zimmer nicht hergeben kann, da er eine größere Versammlung darin abzuhalten habe. Es blieb uns also weiter nichts übrig, als zurück zu treten. Der betr. Genosse möge selber 8 Wochen Bevollmächtigter sein, damit er die Verhältnisse in Coburg einmal gründlich kennen lernt. Der Aufruf an die Coburger Genossen wird demgemäß seinen Zweck sicherlich verfehlen, da nur immer ein und dieselben Genossen in der Versammlung erscheinen. Die Anderen kehren sich nicht an die Versammlung und jeder Versuch, neue Mitglieder zuzuführen, ist bis jetzt gescheitert. Es verpöcht gar sehr viel, sich in der nächsten Versammlung anmelden zu wollen, aber das Versprechen und Halten ist bekanntlich Zwierlei. Also, ich lege es dem Genossen an's Herz, das nächste Mal nicht so bereitwillig und unbedonnen zu sein mit der Veröffentlichung falscher Thatsachen. Er meint es jedenfalls recht aufrichtig mit der Verwaltungsstelle Coburg, aber mit der Zeitungsredaktion ist es auch nicht gethan, man muß selber Hand an's Werk legen.

#### G. Unterbrecher, Bevollm.

**Glatschhammer bei Nürnberg.** Es verlohnt sich wohl, einmal an dieser Stelle die „Arbeitsordnung“ der Fabrik elektrischer Apparate von Friedr. Heller, Glatschhammer-Nürnberg, etwas zu beleuchten. Jedoch sei Folgendes vorausgeschickt: Betreffende Firma beschäftigt mit Vorliebe fleißig ausgebildete Leute — Mechaniker, Schlosser, Messingmacher, Klempner usw. Der Lohn beträgt 18—28 J pro Stunde, thätige Mechaniker erhalten sogar 30 J, ein Mechaniker, welcher allerdings schon 7 Jahre im Geschäft ist, hat 40 J Lohn. Als Schreiber dieses bei einem Akkord, welcher so bezahlt ist, daß man es erst dann zu 85 J pro Stunde bringt, wenn man ihn 5—6 Mal gemacht hat, erklärte, daß er denselben nicht mehr um diesen Preis mache, im andern Falle aufhöre zu arbeiten, wollten die Herren 3 J pro Stück zulegen (macht ungefähr 1/2 J pro Stunde). Ich erklärte aber dann meinen Austritt, nicht ohne vorher meine Meinung über diese Geschäftspraxis gesagt zu haben. Auf meine Aeußerung, daß dies das erste Mal sei, daß ich bei einem Akkord darauf zahle (bei 20 J Lohn), gab mir der Schreiber zur Antwort, daß das bei „ihnen“ öfter vorkomme. Als ich dann u. A. sagte, man solle die Arbeit von einem dreifachen Tagelöhner machen lassen, hieß es, das geht nicht, da muß das Geschäft draufzahlen. (Der Arbeiter darf ja draufzahlen, das macht nichts.) Als ein Kollege, welcher 28 J Lohn pro Stunde hatte, um Aufbesserung nachsuchte, sagte ihm Karl Heller: „Ich gebe den Leuten nicht gern mehr Lohn, sonst müssen sie, wenn sie beim Akkord hereinkommen, zu viel draufzahlen.“ Derselbe Arbeiter zahlte z. B. bei einem Akkord von 27—28 J 2 1/2 Tage drauf. Die Arbeitsordnung beginnt schon in § 1 mit Strafen, denn wer den Wohnungswechsel nicht „stets sofort“ im Fabrikbureau anzeigt, wird mit 20 J bestraft. Nach § 2 Ziffer 4 wird mit 10—30 J bestraft, wer „notorisch“ zu spät kommt, die verordnete Zeit wird außerdem vom Lohne abgezogen. Wer bei Krankheit sich nicht rechtzeitig entschuldigt, wird im Wiederholungsfall mit 20 J bestraft. In § 3 kommen die Strafen schon höher. Wer ein mangelhaftes Stück Arbeit nicht umtauscht, zahlt 1 M Strafe. 80 J zahlt, wer ohne Einverständnis des Werkmeisters in andern als den ihm zugewiesenen Arbeitsräumen sich aufhält. Bei 50 J Strafe ist der Zutritt zum Maschinen- und Kesselhaus, zum Arbeitsraum der „Frauengemmer“ etc. verboten. § 4 handelt von der „Ausführung der Arbeit“. Danach erhält vor Beginn einer jeden Arbeit jeder Gehilfe eine Arbeitskarte. Ohne diese Karte darf unter keinen Umständen eine Arbeit übernommen werden, selbst dann nicht, wenn ein Werkmeister etc. es verlangen sollte. Wer eine Arbeit ohne Karte aufnimmt, ist mit 25 J strafbar. Die Annahme der Karte bedingt zugleich Annahme der Arbeit bezw. des Akkordes. In jede Karte ist tagsüber nach Schluß der Arbeitszeit wahrheitsgetreu, genau und leserlich einzutragen, wann und wie lange an dem Tage an der betreffenden Arbeit gearbeitet wurde. Die Karte ist dann

an den Jedem zugewiesenen Arbeitsplatz zu legen. Die Arbeitskarten dienen als Nachweis bei der Materialabgabe, sowie zur Unterlage für die Lohnberechnung. § 5 enthält Vorschriften über Werkzeuge, Materialien und zum Schluß klingt er dahin aus, daß bei Strafe von 50 J nicht verbrauchtes Material sofort mit der fertigen Arbeit abgeliefert werden muß. § 6 muß schon bei Ziffer 6 im Wortlaut folgen, denn er ist charakteristisch für das Heller'sche Geschäft. Also: § 6. Lohn, Akkorde, Auszahlung. Um erkennen und beurtheilen zu können, was zu leisten ein neu Eingetretener im Stande ist, wird in den ersten zwei Wochen Jedem der Mindestlohn von 20 J (1) pro Stunde bezahlt. In der dritten Woche wird mit dem Gehilfen ein seinen Fähigkeiten und Leistungen entsprechender Stundenlohn vereinbart. Der in den beiden ersten Wochen weniger bezahlte Betrag wird, allenfalls durch Abzüge, auf 10 M gebracht, welche als Kaution zurückgehalten und beim Austritt zurückbezahlt werden, nach völliger Regelung aller gesetzlichen Verbindlichkeiten. Es wird gerechnet vom Freitag früh bis Donnerstag Abend. Ueberstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag vergütet, wenn es mehr als die normalen 60 Wochenstunden beträgt. Bei Akkorde wird der zu bezahlende Stücklohn vorher in der Arbeitskarte eingetragen. Um jedoch im Interesse solcher guter Arbeit Lieberhudelet und übertrieben raschem Arbeiten vorzubeugen, ist der Akkorde nur dann maßgebend, wenn sich bei der Abrechnung kein größerer Stundenverdienst als wie 20 Pfennige über den vereinbarten Stundenlohn des Betreffenden ergibt; allenfallsige Mehrbeträge werden nicht ausbezahlt, sondern dem Strafgelehrten zugewendet. Wenn ein Gehilfe durch freiwilligen ordnungsgemäßen Austritt oder sofortige Entlassung einen übernommenen Akkord unvollendet läßt, so hat er höchstens Anspruch auf seinen Lohnsatz, wenn der Werth der Arbeit nicht geringer ist, in welchem Fall nur dieser zur Auszahlung gelangt. Auszahlung erfolgt nur Samstag nach Arbeitslohn. Bei Akkorde wird wöchentlich ein dem Arbeitslohn entsprechender Vorschuß geleistet, und am Samstag bezahlt. Ist ein Akkord fertig, so wird der sich ergebende Restbetrag an dem der Ablieferung folgenden Samstag mit ausbezahlt, wenn diese Ablieferung spätestens am Donnerstag Abends stattfand und die Arbeit vollkommen fertig und tadelfrei befunden ist. § 7 handelt von „Kündigung, Austritt und Entlassung“ und lautet: Eine Kündigungsfrist ist ausgeschlossen, d. h. im Lohne Beschäftigte können nach vorheriger Benachrichtigung des Werkmeisters und nach Regelung aller Verbindlichkeiten jederzeit austreten oder jederzeit entlassen werden. Bei Akkordearbeitern muß vor Austritt der übernommene Akkord fertig gestellt und ordnungsgemäß abgeliefert sein. (Hoffentlich zahlt dann G. auch „ordnungsgemäß“.) Akkordearbeiter, die sich „grober Vergehen gegen Ordnung, Disziplin, Sicherheit und Moral zu Schulden kommen lassen, oder die fortgesetzt unentschuldig wegbleiben und blaun machen, können vor Fertigstellung ihres Akkordes entlassen werden. Wer ohne Austrittserklärung und ohne ordnungsgemäße Übergabe seiner Arbeit oder seines Akkordes und Werkzeuge etc. und aus widerrechtlichen Gründen weggeht, verwirkt von seinem rückständigen Lohne bezw. der Kaution mindestens 2 M, in schwereren Fällen und wenn der widerrechtliche Austritt oder die Nichtfertigstellung eines Akkordes zum Zweck eines Streiks stattfand, kann ich (Heller) eine Verwirkung bis zum Betrag des durchschnittlichen Wochenlohnes eintreten lassen (lt. § 134 b. Gew. O.) — Nachdem also bereits in fast jedem Paragraphen Strafen enthalten sind, werden dieselben in § 8 resümiert. Die Einleitung zu diesem Paragraphen ist zu originell, als daß sie nicht auch hier Platz finden sollte, sie lautet von dem „guten Verge“ des Herrn Prinzipals. Es heißt da: „Von Strafen sollte nur nothgedrungen und zur Vermeidung von Wiederholungen Gebrauch gemacht werden, und ich (Fr. Heller) erwarte von dem Ehrgefühl, Pflichterfüllung und Ordnungssinn eines Jeden, daß es nur weniger Strafen bedarf, und daß die Ermahnungen und Verwarnungen der Vorgesetzten genügen, wo nicht, gelten folgende Strafen: 1. Ein scharfer Verweis durch mich oder meinen bevollmächtigten Vertreter. 2. Scharfer Verweis durch mich oder meinen bevollmächtigten Vertreter im Beisein des Arbeiterausschusses. (Eine Karrikatur!) Dann folgen die schon vorher aufgeführten Strafen und nachdem heißt es noch: Geldstrafen von Fall zu Fall. Solche werden nur gemäß § 134b der Gewerbeordnung, sowie in ganz besonderen Ausnahmefällen bestimmt und von mir oder meinem bevollmächtigten Vertreter festgesetzt und dürfen in der Regel die Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes nicht übersteigen; jedoch können Verbindlichkeiten gegen Mitarbeiter, erhebliche Verstöße gegen die guten Sitten, sowie gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes, zur Sicherung eines

gefährlos Betriebes oder zur Durchführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften mit Geldstrafen bis zum vollen Betrage des durchschätzlichen Tagesarbeitsverdienstes belegt werden (§134b der Gewerbeordnung). — Ist das nicht ein wohlwollender Unternehmer? Nun, wer Lust hat, möge es bei ihm probieren!

**Steggen.** Am 27. November tagte im Café Reich eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, in welcher Kollege Volberr aus Karlsruhe über das Thema: „Die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation“ referierte. Selber war die Versammlung nicht zahlreich besucht. In klaren sachlichen Worten legte Redner den Anwesenden dar, daß nur eine feste Organisation es möglich mache, die heutigen Lohnverhältnisse aufzubessern, die Arbeitszeit zu verkürzen und dadurch unsere Referent von der Landstraße in die Fabriken zu bringen. Redner führte die englischen Organisationen als Vorbild an, sogar in Amerika habe man festere und stärkere Organisationen als in Deutschland. In Californien haben es die Bauhandwerker durch ihre feste Organisation so weit gebracht, daß sie eine Arbeitszeit von 8 Stunden haben, bei einem Verdienste von 5 Dollar per Tag. Zum Schluß seiner Rede forderte der Referent auf, kräftig für den D. M. V. zu agitieren. In der hierauf folgenden Diskussion hob Genosse Ordig hervor, welche Bauheit noch unter den hiesigen Metallarbeitern existiere, daß andere Organisationen stärker vertreten seien in dieser Versammlung als selbst die Metallarbeiter. Er forderte die anwesenden Metallarbeiter auf, sich enger zusammenzuschließen, um dadurch eine bessere Agitation betreiben zu können. Bedauernswert sei es ja, daß gerade die Älteren Kollegen, welche früher an der Spitze standen, dem Verbande ferngeblieben sind und noch bleiben, daß sie, sobald sie sich verheirathen, um ihre Tage nicht mehr bestimmem und allmählig versumpfen. Ferner betonte Ordig, daß ihm selbst der Muth noch nicht gesunken betreffe der Organisation der Metallarbeiter, es steue ihn sogar, daß immer nur die jüngeren Kollegen an der Spitze derselben ständen, er trage die Hoffnung in sich, daß auch hier die Organisation der Metallarbeiter immer mehr emporblühe und wachse. Er forderte die Anwesenden nochmals auf, dies zu beherzigen. Folgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen: „Die heutige im Saale des Café Reich tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erklärt in einer festen Organisation das einzige Mittel, wodurch dem rückfhrllosen Vorgehen der Fabrikanten ein kräftiger Damm entgegengesetzt werden kann. Die anwesenden Metallarbeiter verpflichten sich, soweit sie nicht organisiert sind, sich unverzüglich dem D. M. V. anzuschließen, um sich dadurch besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.“

**Wstrow.** In der letzten Mitgliederversammlung, welche eingermßen besser besucht war als die früheren, wurde Kollege O. Grapentin als Bevollmächtigter gewählt. Es hat sich hier eine recht rege Agitation entfaltet und können wir einen Zuwachs der Mitgliederzahl um das Doppelte verzeichnen. Nach Erledigung mehrerer weiterer Punkte wurde die Versammlung geschlossen.

**Hamm.** Am 2. Dezember tagte hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung beauftragt Konstituierung der Zahlstelle. Man hatte uns sehr viele Schwierigkeiten bereitet, aber rastlos gingen wir vor und auch mit Erfolg. Mit nächster Gelegenheit werden wir über die hiesigen Verhältnisse und Mißstände berichten, vorläufig wollen wir das Resultat der Ortsverwaltungswahl bekannt geben. Aus derselben gingen hervor: Heinz Brucher als Bevollmächtigter, A. Kapfen als Kassirer, G. Weile, W. H. Breer und F. Wothhoff als Beisitzer.

**Mkt. Redwitz.** Am 8. Dezember hielt die hiesige Zahlstelle ihre Mitgliederversammlung ab, in welcher, nachdem verschiedene dringliche Angelegenheiten erledigt waren, Genosse Stdlen aus Hof einen Vortrag über Organisation hielt. Referent entliege sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise, indem er die Schäden des heutigen Produktionsystems schonungslos aufdeckte und zugleich den Vorzug einer gewerkschaftlichen Organisation zum Zwecke gemeinsamen Kampfes gegen die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft hervorhob.

**Neu-Ruppin.** Seit 6 Wochen konnten wir keine richtige Versammlung mehr abhalten, da uns kein Lokal zur Verfügung stand. Es hat uns schon schwere Opfer gekostet, ein Lokal zu erhalten. Wenn wir glauben, wir hätten ein solches, so war es schon wieder abgetrieben. Jetzt haben wir endlich am 2. Dezember eine Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Bltters, Friedrich-Wilhelmstraße 68, abgehalten. Dieselbe war leider schwach besucht. Wir fordern daher die Kollegen auf, sich etwas reger an den Versammlungen zu betheiligen und auch unser Lokal etwas besser zu besetzen, damit wir uns dasselbe erhalten.

**Nordhausen.** Am 10. Nov. hielt die hiesige Zahlstelle eine Generalversammlung ab. Wir wollten hiermit den Mitgliedern, welche verhindert oder zu bequem waren, die Versammlung zu besuchen, auf diesem Wege die Beschlüsse mittheilen. Nachdem der erste Punkt erledigt, liehen sich 6 neue Mitglieder aufnehmen. Der Antrag des Bevollmächtigten, die Mitgliedsbücher beauftragt Kontraktion einzuziehen, wurde ohne Diskussion angenommen. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission von 3 Mitgliedern gewählt. Hierauf beantragte Kollege Wills, in nächster Zeit eine öffentliche Metallarbeiterversammlung abzuhalten und dazu einen tüchtigen Referenten kommen zu lassen, was nach kurzer Debatte angenommen wurde. Dann wurde für kommenden Winter ein technischer Lehrkurs in Aussicht gestellt. Darüber entspann sich eine lebhaft Debatte, welche damit endete, daß der Vorsitzende erklärte, mit Lehrern in Verbindung treten zu wollen, um die Sache zu frbern. Um die neuen Mitglieder mit den Statuten der Gewerkschaftskommission bekannt zu machen, wurden dieselben verlesen. — Es ist noch zu bemerken, daß unsere Bibliothek stark in Anspruch genommen wird und wir bald gezwungen sind, dieselbe zu vergrößern. — Nun noch einige Worte an die Mitglieder der Zahlstelle Nordhausen. Da gibt es Viele, welche die Versammlungen nur dem Namen nach kennen. Dagewesen sind sie vielleicht vor einem halben Jahre einmal. Wenn die Mitglieder doch einmal bedenken wrdien, wie nöthig es ist, daß jeder Einzelne sich der Sache widmet, damit es im wahren Sinne des Wortes etwas Ganges wird. Wenn jedes Mitglied eifrig und frühzeitig seine Pflicht thut, dann kann es an Agitation und neuen Mitgliedern nicht fehlen. Dann muß der Verband wachsen. Hier ist erst genau ein Zehntel der Metallarbeiter im Verband. Darum Kollegen, rufe ich Euch zu: Besucht die Versammlungen, damit Ihr in der Lage seid, indifferenten Kollegen nach bestem Wissen die Aende und Ziele der Organisation klar zu legen.

**Nordhausen.** Recht nette Zustände herrschen in der hiesigen Fahrradfabrik „Merkur“. In derselben arbeiten 15 Schlosser, 8 Dreher, 1 Schleier und 1 Sechler. Strafe zahlen ist Usus. Punkt 7, resp. 1 Uhr muß Alles zur Stelle sein, wie der Soldat auf dem Appellplatz. Wer früher da ist, wartet bis der Prinzipal kommt und aufzuschließen gerht, wer eine Minute später kommt, zahlt Strafe, nach Willen der Herren 10 oder 25  $\mathcal{L}$ ; wenn zwei zusammen sprechen, so kostet das mindestens 25  $\mathcal{L}$ . Das Werkzeug, welches schadhast wird, muß bezahlt werden, so z. B. ein  $\frac{1}{2}$  Schnelbohrer mit 1  $\mathcal{M}$ . Die Strafgelder kommen aber nicht etwa den Arbeitern zu Gute, wie es in anderen Fabriken ist, sondern werden für Angestellte der Fabrik verwendet. Nun sollte man denken, wenn Alles so scharf genommen wird, so mhten die Löhne gut stehen. Aber weit gefehlt. Die Afforde stehen unter aller Kanone. So gibt es z. B. für zwei Nder zu spannen  $\mathcal{M}$  1,10, in anderen Werkstätten für ein Rad  $\mathcal{M}$  1,80, für einen Kabellepp zu dreien 15  $\mathcal{L}$ , sonst 45  $\mathcal{L}$ , für Luftsch, an welchem eine Stunde zu thun ist, 8  $\mathcal{L}$ . Wie sollen wir hierbei auskommen? Es ist mit dem besten Willen nicht möglich. — Nun wird mancher Kollege fragen, existirt denn keine Fabrikordnung? Jawohl, war eine da, aber sie war berarigt, daß selbst die Polizei Anstoß daran nahm und sich veranlaßt sah, dieselbe zu entfernen. Da nun die Herren hier keine Arbeiter bekommen können, so bleibt ihnen weiter nichts übrig, als in anderen Städten zu annoncieren, und Leute, welche die hiesigen Verhältnisse nicht kennen, folgen natürlich den gleichnerischen Versprechungen, welche gemacht werden. Die Kollegen sehen also hieraus, welche traurige Zustände hier herrschen. Wir appellieren an die Solidarität der Kollegen, und bitten sie, hiervon Noth zu nehmen. Vorzüglich gilt das den Kollegen, welche in der Fahrradbranche thätig sind, damit sie ihre Magnahmen treffen und so viel wie möglich die hiesige Firma meiden.

**Oberrad.** Am 28. Nov. hielt Kollege Volberr aus Karlsruhe hier einen Vortrag über „Die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation“. Der interessante Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und bewirkte, daß sich unsere Zahlstelle bedeutend verstärkte. Auch sind wir jetzt in der Lage, die Verhältnissen der hiesigen Orts-Neue passieren zu lassen. Wir werden vorläufig vom Verhntlichen der Kommission und der Namen der betreffenden Meister Abstand nehmen, da wir hoffen, durch diese Noth einige Besserung zu erzielen.

**Rendshurg.** Durch die Korrespondenz in Nr. 49 dieses Blattes sehe ich mich nochmals veranlaßt, um den Streitigkeiten nun endlich ein Ende zu machen, und damit den Mitgliedern die Augen offen gehalten werden, diese Angelegenheit, Verlegung des Vereinslokals, der Wahrheit gemäß, zum zweiten Male zu veröffentlichen. Bevollmächtigter Stch hat in seiner Korrespondenz bei den ersten Ausführungen vollkommen Recht, dasselbe muß wir doch aber zugeben, daß jedes

Mitglied das freie Recht hat, seine eigene Meinung darüber auszusprechen, und das habe ich gethan. Ich habe mich vollkommen sachlich und nicht persönlich dabei verhalten. Ich habe mich auch gar nicht den Beschlüssen der Kontrollkommission widersetzt, sondern habe sie vollkommen den Mitgliedern in der Versammlung, wo Herr Stch abwesend war, soweit wie es in meinen Kräften steht, zum Ausdruck gebracht. Daß nun die Mitglieder ebenfalls ihre Meinungen dazu sagten, hat Herr Stch wohl verschwiegen. Herr Stch schreibt, daß ich gesagt haben soll, es koste mir ein Fa Bier, dann bleiben wir da. Ich erkläre dies als unwahr. Denn erstens hatte ich den Wirth wenigstens 3 Tage vorher gebeten, an diesem Abende kein Bier auszugeben. Dann haben wir das Bier doch erst nach Schluß der Versammlung erhalten, und schon ist es doch, wenn ich frei heraus sagen kann, es hat auch nicht ein einziges Mitglied von dem Bier vorher etwas gewurst. Nach meinen Ausführungen mhte ich doch mit Jemand vorher darüber gesprochen haben, es hat sich aber kein einziges Mitglied gefunden, der mir dieses nachsagen konnte. In diesem Sommer wurde von mehreren Mitgliedern die Herberge mehrere Male scharf kritisiert. Es kam zu dem Beschlusse, eine gliebrige Herbergskommission zu wählen, welche allabendlich die Herberge zu revidiren habe. Die Kommission that wohl in den ersten 8 Wochen ihre Pflicht, aber nachdem ging sie schlafen. Nun frage ich Herrn Stch, warum hat er nicht schon damals energischer gehandelt und die Kommission aufgefordert, besser ihren Pflichten nachzukommen. Dann hätten wir jetzt nicht mit der Skandaltt zu thun, und es wäre für uns und für den Herbergswirth zum großen Vorthell gewesen, aber leider war er sich wohl der Pflichten als Bevollmächtigter noch nicht so bewußt. Ferner erkläre ich nochmals, daß der Berichtstatter der Herbergskommission in seinem Bericht sagte, Herr Stch wünschte aber auch, daß die Metallarbeiter ihre Versammlungen nach seinem Lokal verlegten. Und nicht wie Herr Stch schreibt, ich hätte gesagt, „Herr Stch verlangte von der Kommission, die Metallarbeiter mhten bei ihm verkehren.“ Herr Stch, immer hblich bei der Wahrheit stehen, dieses ist unser Aller Grundplatz! Nun möchte ich noch gleichzeitig alle Mitglieder des ganzen Deutschen Metallarbeiterverbandes fragen, ob wir nichts auf die Beschwerden der Hiesigen geben sollten? Wozu würde das führen? Daß ich nun gerade die Person bin, bei welcher die Jugeristen ihre Beschwerden vorbringen, freut mich und deshalb hatte ich auch die Pflicht, dieses öffentlich in den Mitgliederversammlungen bekannt zu geben. Und nun, in der letzten Mitgliederversammlung haben die Mitglieder, trotz der langen und breiten Rede des Herrn Stch, nochmals befundet durch Abstimmung, daß sie ihr Lokal bei Grebe verlassen wollen und nicht zu einem solchen Wirth hinzgen, der die Metallarbeiter in der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung als „Schweine“ usw. bezeichnet hat. Herr Stch schreibt, er könnte nicht mit solchen Leuten friedlich zusammenarbeiten, die nur persönlich und nicht sachlich handeln. Dieser Ausdruck kann mich gar nicht geniren, denn ich habe das volle Bewußtsein, nur sachlich gehandelt zu haben, kann aber nichts dafr, wenn meine Ausführungen als persönlich aufgefaßt worden sind. Und warum hat Herr Stch denn meine Wiederwahl zum Kassirer so hervorgehoben in der letzten Versammlung, wenn er doch nicht mit mir zusammenarbeiten mag? Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß die Art und Weise, wie Herr Stch in seinem Bericht vorgegangen, mich veranlaßt, ebenso gegen ihn vorzugehen. Ich hoffe, daß hiermit die Sache abgethan ist und bei Seite gelegt wird. Ich möchte Euch Mitglieder nur noch auffordern, treu zur Fahne zu halten und vor allen Dingen darnach zu trachten, daß unsere Filiale durch diese Kommission nicht zu Grunde gerichtet wird (wie Herr Stch in der letzten Versammlung ausgesprochen), sondern daß sie blhen und gedeihen möge. Hoffentlich wird die Angelegenheit in der späteren Zeit sich etwas ruhiger und vernunftiger regeln lassen und mit diesem Gebanten rufe ich Euch ein „Gut auf“ zu.

G. Knoe, Kassirer.

**Schmölln.** S. J. Nach vieler Mühe und Arbeit gelang es uns auch hier, eine Verwaltungsstelle des D. M. V. zu gründen. Wir hielten am 12. November eine Besprechung ab, bei welcher es uns gelang, 11 neue Mitglieder anzuwerben. Die Altenburger Kollegen unterstützten uns dabei nach Kräften. Wir sagten uns, in einer Industriestadt wie Schmölln, wo alle Organisationen vertreten sind, wären auch wir Metallarbeiter nicht zurückzubleiben. Und so wurde denn die Gründung einer Verwaltungsstelle beschlossen. Wir hielten am 8. Dezember unsere erste Versammlung ab, welche zahlreich besucht war und in der es uns gelang, weitere 8 Kollegen heranzuziehen, so daß unsere Filiale

18 Mitglieder zählt. Es wurden auch zwei Vertreter zum hiesigen Gewerkschaftskartell gewählt. Wir schließen mit der Versicherung, daß es unser Bestreben sein wird, das Interesse des Verbandes zu wahren.

**St. Ingbert.** Bei der letzten Reichstagswahl wurde von Seiten der National-Liberalen auch unter der hiesigen Arbeiterpartei die Angel ausgeworfen, leider mit manchem Erfolg. Eines der hauptstchlichsten Bedmittel der nationalen Fabrikanten und Wertheber war das Versprechen ungekirter Arbeitsgelegenheit, wenn die Wahl Adts perfekt werde. Unter denjenigen Werken, die dieser Art auf den Gimpelwagen ausgingen, befand sich auch das „Eisenwerk Krmer“ hier, das bei der Stichwahl ebenfalls in einem Fingblatt erklärte, im Fall Adt nicht gewählt würde, würden die großen Schornsteine zu rauchen aufhören. Adt ist gewählt worden, in Krge werden sechs neue Schornsteine zu qualmen anfangen, aber trotzdem werden so und so viele Arbeiter entlassen, wie aus nachstehender Bekanntmachung zu ersehen ist: Bekanntmachung. Durch den schlechten Geschäftsgang und durch die Verlegung eines Theiles des Betriebes vom untern in's obere Werk werden am 1. Januar circa 250 Leute bis Mitte März überschüssig. Da die Gliearbeiten bei dem Neubau bis zum 1. Januar ebenfalls gering werden, so können wir im höchsten Falle nur 90 Leute bei dem Neubau vom 1. Januar ab beschäftigen, es bleiben also circa 160 Mann übrig, welchen wir zum 1. Januar bis Mitte März lndigen müssen. Wir hoffen am 15. März kömmliche Leute wieder beschäftigen zu können. Um von Seiten der Firma „alles nur Mögliche für die Arbeiter zu thun“, haben wir beschloffen, denjenigen Arbeitern, welche keine anderweitige Arbeit haben, monatlich 80  $\mathcal{M}$  Vorschuß zu zahlen, also in Summa für 2 1/2 Monate 75  $\mathcal{M}$ , welchen Betrag wir nach Wiederaufnahme der Arbeit mit 10  $\mathcal{M}$  pro Monat von der Lhnung abzulegen werden. Welchen Leuten wir lndigen müssen, werden wir bis zum 15. Dezember bekannt geben, wir machen aber schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir in nächster Linie die Leute der Troststrae und der Justlage behalten werden, da wir diese Leute zum Probiren der Walzen, Maschinen u. s. w. im neuen Werk unbedingt nöthig haben. Wir ersuchen gleichzeitig, nicht mit Reklamationen zu kommen, da wir bei der Kündigung so „gerecht“ wie möglich verfahren werden, uns aber in keiner Weise beeinflussen lassen können. St. Ingbert, 29. November 1893. Eisenwerk Krmer: Water. — Die Arbeiter von St. Ingbert (und auch auswrte) mögen aus dieser Bekanntmachung ersehen, wie ihnen Wort gehalten wird. Geradezu rhrend ist die Antheilnahme des Krmer'schen Werkes an dem Schicksal der von der Entlassung Betroffenen. Eine ganze Mark pro Tag schießt es denselben 75 Tage lang vor und gar unverzinslich, wenigstens steht von Zins nichts in dem Erlaß. Daß das Werk aber Niemand zu entlassen brauchte, wenn die Arbeitszeit entsprechend verkürzt würde, scheint die Direktion nicht zu wissen. Trotz der übrigens sehr billigen Versicherung, alles Mögliche für die Arbeiter zu thun, qut der Trost doch auch wieder am Schluß der Bekanntmachung heraus, da etwaige Reklamationen wegen Entlassung verboten werden unter Hinweis auf das „gerechte“ Verfahren der Werkleitung. Ob auch Sozialdemokraten etwas von dieser „Gerechtigkeit“ zu spüren bekommen?

**Wandolbrn.** Die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. V. hielt am 29. November eine Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Dnckel ab mit der Tagesordnung: Wahl einer Agitationskommission, Ubrechnung vom Herbstvergugen, Verschiedenes. Der zweite Punkt wurde zuerst erledigt. Die Ubrechnung ergab einen Ueberschuß von  $\mathcal{M}$  75,85. Da noch Beträge für Karten rückständig sind, wurde der Beschlusse gefaßt, die Smmtigen zu mahnen. In die Agitationskommission wurden die Kollegen Kaufmann, Rohle und Plambel gewählt. Diese Kommission soll hier und in der Umgegend agitieren und die nichtorganisirten Kollegen aufklären. Kaufmann berichtet noch vom Telephon in der Zentralsherberge einrichten zu lassen und zu den Kosten beizutragen. Die beiden Delegirten sollen in diesem Sinne wirken.

**Schläger.**

**Er-Schwan.** Den Metallhrgergehilfen zur Nachricht, daß die Gehilfen der Firma Bischoff und Weber am Sonnabend, den 25. November, die Arbeit niedergelegt haben, da ihnen die Chefs der Firma zumutheten, für 18  $\mathcal{L}$  pro Schlag (mit Selbstauslegen und Quetschen) zu arbeiten. Sämmtliche Gehilfen sind verheirathet bis auf einen, und sehen nun dem Winter mit Bangen entgegen. Leider ist nur ein Mann im Verbands, und wird dieser wahrheitslich abtreten. Die Kollegen werden deshalb gebeten, Bezug nach hier, besonders nach der Firma Bischoff und Weber, streng fern zu halten. Ausgespart sind 4 Gehilfen, welche

zusammen 10 Köpfe zu ernähren haben. (Ein Kollege hat 4 Kinder). Sendungen sind an den Vertrauensmann, Mich. Pfeil, Metallschläger, Or-Schnau, 35, Sachsen, zu richten. — Die Kollegen werden auf den Goldschlagger Karl Köhler, Buch-Nr. 52, 814, geb. zu Alt-Drenitz am 28. März 1871, aufmerksam gemacht, da derselbe bei der Firma Bischoff u. Weber in Grob-Schnau sich angeboten hat und nur für die Kost arbeitet, wiewohl er weiß, daß sich die Gehilfen der betreffenden Firma im Lohnkampfe befinden.

Feilenhauer.

Allen Feilenhauern und Schleifern zur Kenntnis, daß über die Feilenhauerwerkstatt von Eugen Graf & Co. Sperre verhängt und bis auf Weiteres das Umschauen zu unterlassen ist, da diese Firma sich durch Annoncieren und „schöne Briefe“ Arbeiter heranzuholen weiß. Ein Kollege, der mit Frau hieher kam, sollte nur zu bald erfahren, an was für eine Adresse er gelangt war. Die ersten fünf Tage konnte er nicht arbeiten, da für zwei Schleifer nicht genug zu thun war. Als 14 Tage um waren, hatte unser Kollege 14 M 85 J verdient, 3 M 5 J hatte Herr Graf für Fracht ausgelegt und 18 M Vorschuß gegeben, damit unser Kollege in den 14 Tagen auch leben konnte. Jedoch ließ sich Herr Graf am Samstag nicht sehen; wohl aber übernahm unser Kollege in aller Eile am Sonntag einen Weg von zwei Stunden machen, um die Wohnung des Herrn aufzusuchen. Hier empfing ihn der humane Mann mit einer Anzahl schöner Kleider. „Ihre Arbeit taugt nichts, mit Ihrer Arbeit können wir nicht konkurrieren. Auch haben Sie mehr Vorschuß erhalten als Sie verdient; das kann nicht so fortgehen, wenn Sie sich nicht ändern, können wir nicht fertig werden. Ich muß gewärtig sein, daß wenn ich Ihnen noch einige Markt Vorschuß gebe, Sie mir durchbrennen; Sie wären ja nicht der Erste. Alle Gefellen, die ich bis jetzt gehabt habe, sind weiter nichts als Gallunken, Bagabunden und Sozialdemokraten.“ Da unser Kollege hierauf nichts erwiderte, sich jedoch das Seine dachte, so gab ihm Herr Graf 3 M mit den Worten: „Mehr kann ich Ihnen nicht geben, bis ich sehe, daß Sie arbeiten können.“ Unser Kollege nahm die 3 M stillschweigend an, indem er an Frau und Kind dachte, welche bereits zwei Tage ohne Nahrung waren, und entsetzte sich mit den Worten: „Daß ich arbeiten kann, will ich Ihnen beweisen.“ Die dritte Woche verdiente unser Kollege bei einer Stückzahl von 135, Mittelforte und Gewichtsfellen, nahe an 22 M. Ein jeder Feilenhauer wird wohl bemessen können, welche Arbeitszeit bei solcher Stückzahl nötig ist und was nach diesem Verdienst Herr Graf für schöne Preise zahlt. Da nun durch Maßheur der Betrieb in der Schleiferei stillstehen mußte, so verdiente unser Kollege gar nichts mehr, so daß er einen Verdienst von 50 M 55 J in 4, resp. 5 Wochen zu verzeichnen hatte. Zu bemerken ist noch, daß unser Kollege die fertigen sowie die geschliffenen Fellen hin und her besorgen mußte, da die Schleiferei 2 Stunden von Nachen entfernt liegt, jedoch für diese Mühe keinen Pfennig erhielt. Als er sich darüber beschwerte, bekam er zur Antwort: „Dann kommen Sie nach Nachen zum Arbeiten.“ Da unser Kollege dies ablehnte, kündigte ihm Herr Graf und verlangte, daß derselbe seine 14 Tage noch in Nachen arbeiten sollte. Der Kollege sah sich daher nach anderer Arbeit um und hat bereits wieder eine andere Stelle. Wir möchten daher alle Kollegen vor der Feilenfabrik von Eugen Graf & Co. warnen, und ersuchen sie dringend, ja nicht auf Annoncen und Briefe hier anzugehen. Wenn alle Kollegen, ehe sie in fremden Städten Arbeit annehmen, zuerst bei der betr. Ortsverwaltung Erkundigungen einholen, dann würden Manchem herbe Enttäuschungen erspart bleiben.

Calw. Achtung Feilenhauer! Der Zuzug ist von Calw fern zu halten. Herr Karl Schless, Feilenhauermeister, geruht, seine Arbeiter in einem Gemach zu logieren, welches sich kaum für Hunde eignen würde. Wenn sich ein Arbeiter ein annehmbares Zimmer verschaffen will, muß er gewärtig sein, entlassen zu werden. So erging es einem Kollegen in voriger Woche. Also Achtung!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß die Neuwahlen der vorzuschlagenden Personen der Ortsverwaltungen sowie der Vertrauensmänner nach § 14 Abs. 2 des Statuts im Laufe dieses Monats zu erfolgen haben und ersuchen um baldige Zusendung der neuen Adressen. Die Neuwahl soll deswegen im Dezember stattfinden, damit die neue Ortsverwaltung ihre Thätigkeit mit dem Anfang des Kalenderjahres beginnen kann. Als selbstverständlich glauben wir voraussetzen zu dürfen, daß die Fortsetzung der

Abrechnung vom 4. Quartal noch durch die bisherige Ortsverwaltung geschieht.

Des Weiteren ersuchen wir diejenigen Verwaltungsstellen, welche mit dem 4. Juni 1892 ausgegebenen Generalkommissionsmarken noch nicht abgerechnet haben, dies unverzüglich zu thun, indem durch die obligatorische Einführung der Delegirten- und Reservemerkmarken doch keine Aussicht vorhanden ist, noch welche davon abgehen zu können.

In letzter Zeit sind mehrere Gesuche um Unterföhrung nach § 2c und Rechtschutz von Mitgliedern eingegangen, die weder ihre Delegirten- noch Reservemerkmarken gezahlt haben. Wir machen an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß nur diejenigen Gesuchsteller berücksichtigt werden können, die ihren Verpflichtungen auch hinsichtlich dieser Steuern vollständig nachgekommen sind.

Trotz wiederholter Aufforderung haben folgende Verwaltungsstellen ihre Abrechnungen noch nicht eingesendet:

März-April: Oppeln in Oberschlesien, Steinbach b. Bad Liebenstein i. S.

Mat-Juni: Brate a. b. Weiser, Oppeln in Oberschlesien, Posen, Steinbach bei Bad Liebenstein, Weplar.

Juli, August, September: Barmen, Bochum i. W., Brate a. b. Weiser, Grefelb, Göhnitz b. Altenburg, Helmstedt, Hocht a. W., Leipzig-Weiß, Leipzig-Nord, Mannheim-Endwiggshafen (Spengler), Wiesene, Wögelb, Oppeln i. Schl., Plauen i. W., Posen, Remscheid, Steinbach b. Bad Liebenstein, Weplar, Würzen, Zell i. Wiesenthal, Zella-Mehlis i. Th., Zwittau.

Wir ersuchen die Mitglieder der oben genannten Verwaltungsstellen, ihre Ortsbeamten zu veranlassen, daß diese ihren statistischen Verpflichtungen umgehend nachkommen. Die Revisoren machen wir auf § 14 Abs. 2 und 8 des Statuts aufmerksam.

Folgende Mitgliedsblätter sind unglücklich und aufzuhalten:

Nr. 4120 des Metallschlägers Gg. Strauß, geb. zu Fürth am 1. März 1868. Nr. 81978 des Schmiedes Hieronymus Kuppler, geb. zu Neudorf am 8. April 1861.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zuzug der Arbeiter der benannten Vereine fern zu halten: Feilenhauer von Chemnitz, Omnabruh, Forner von Alt- und Kreuzradort i. S., Herzfeld, Klempner von Altenburg, S. W., Deuben b. Dresden, Metallarbeiter aller Branchen von der Firma F. G. Barthels in Chemnitz, Mannheim, Helmstedt, Metallarbeiter von Zerlahn u. Plangteger von Dresden.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21, 1.

zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überweisenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlass für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Aufforderung. Der Kupferschmied Friedrich Schütz, früher in Wilhelmshaven, geb. am 18. März 1855 zu Berlinchen, Opt.-Nr. 55008, wird dringend aufgefordert, uns einer wichtigen Angelegenheit wegen umgehend seine Adresse mitzutheilen. Genossen, welche den Aufenthalt desselben kennen, ersuchen wir, ihn hierauf aufmerksam zu machen.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

(C. S. 29, Hamburg).

Abrechnung der Hauptkassa pro November 1893.

Einnahme: Kassenbestand ultimo Okt. 1893 448,64. Von Altschmied 100, Altna 50, Altenburg 150, Altdorf 150, Altkreuzstadt-Magdeburg 40, Amberg 100, Ammerdorf-Radebeck 80, Ammerbach 83,75, Annen 200, Annweiler 83,15, Aschaffenburg 130, Aschersleben 50, Barmbeck 100, Beed 100, Bergedorf 100, Berlin I 400, Berlin II 700, Berlin IV 800, Berlin V 800, Berlin VII 600, Bernau 50, Bellingen 120, Behndorf 70, Bellingen 80, Bieker 250, Bietefeld 300, Brandenburg a. b. S. 100, Bremerhaven 100, Bruchsal 100, Bulach-Beiertheim 100, Bunzlau 88,50, Burg b. Magdeburg 25, Cannstatt 150, Chemnitz 150, Coburg 80, Dessau 100, Diemitz 100, Dorp-

Grünwald 100, Durlach 120, Ebighelm 50, Eisenburg 184,10, Ellb. 100, Elbing 75, Ellerbeck 800, Erfurt 100, Essen 800, Eggenroth 80, Fahrenbau 40, Fernerleben 200, Flensburg 200, Frankfurt a. O. 90, Freiberg i. S. 40, Freiberg i. S. 28,50, Friedrichshagen 150, Friedrichsdorf 80, Fulda 200, Fürstenwalde 100, Gellenberg 80, Gera 50, Geramühle 100, Gevelsberg 80, Glinzhelm 70, Gleiberg 50, Gliba 75, Göppingen 100, Grafenberg 100, Grevenbroich 110, Halben 80, Hagen 142, Hagsfeld 100, Halle a. S. 400, Hamburg (Stadt) 800, Hamburg-Elmsbühl 100, Hamburg-Willwarde 100, Hamm a. S. 400, Hannover 400, Harburg 100, Hatterhelm 100, Heerde 100, Hemelingen 100, Heßhelm 80, Heumar-Roth 50, Hilsen 60, Hilseshelm 50, Hochfeld 300, Högberg 80, Hof 40, Heseloh 100, Iphoe 50, Karlsruhe 800, Kendenich 80, Klet 800, Klefeld 100, Klotzke 150, Körtlingsdorf 200, Kogenau 88, Bauegast 100, Lere 100, Leipzig-Gutritsch 175, Remsdorf 100, Lemnitz 150, Litzow 100, Lindenthal 204,10, Litz 60, Nollau 50, Pöschel 50, Rudwigsghafen 100, Südenscheid 250, Sätgendortmund 180, Magdeburg 200, Mainbernheim 40, Mainz 200, Mannheim 200, Mannheim-Neckar-Vorstadt 275, Marburg 80, Marten 88,40, Melberich 200, Remel 40,42, Mörlich bei Frankenthal 70, Mühlingen 600, Münstel 57,55, Minden 80, Naußitz 150, Neinstedt 80, Neu-Yenburg 50, Neustadt a. S. 150, Neuwied 80, Nieder-Schönweide 100, Nordhausen 50, Nowawes-Neuendorf 40, Nürnberg 400, Oberndorf 73,71, Oberpfeimig 100, Oberstein 25,40, Offenbach 200, Orlanzen 50, Pegnitz 148,88, Pforzheim 100, Pirmasens 4,20, Plauen b. Dresden 80, Potsdamm 100, Prenglau 80, Sandersacker 100, Reindensdorf 180, Reutlingen 100, Rheint 70, Rhodorf 100, Robentkichen 100, Roslok 75, Rütterscheid 50, Röhde 4,45, Saarbrücken-Ralfst 100, Saalbe 100, Schiffel 180, Schladen 50, Schönberg 20, Schramberg 70, Schwanheim 75, Siegen 100, Sölingen 50, Spandau 850, Speldorf 100, Steinbach 49,20, Stolberg (Rheinland) 80, Stollberg (Sachsen) 20,15, Straubing 50, Striegau 82,98, Tirschenreuth 88,50, Tietnang 60, Thale 75, Uffenheim 50, Unterlochem 50, Unter-Weidert 50, Vogelsang 60, Weßelbuden 180, Weissenau-80, Weissenburg 80, Wetter 50, Wiesfeld 80, Wilhelmshaven 850, Witten 150, Wolfenbüttel 50, Würzburg 150, Beiträge von einzelnen Mitgliedern 558,70, Vergütung an Porto 17,48, Sonstige Einnahmen 27,61, Summa 186 848,97.

Ausgabe: Nach Nachen 100, Altna 75, Ansbach 150, Barmen 260, Bergedorf 80, Berlin VIII 1100, Bodenwöhr 120, Bries 50, Bruchhausen 100, Cöthen 50, Coitbus 50, Delfsen 100, Dessau 50, Dietrichsdorf 100, Dorp 125, Eller 75, Enstheim 100, Eschweiler 100, Göttingen 100, Finsterwalde 100, Frankfurt a. M. 800, Friedrichstadt-Magdeburg 100, Fulda 100, Gelsenkirchen 300, Gmünd (Schwab.) 250, Gorblich 100, Hamburg-Rothensdorf 200, Hettbrunn 220, Höchst a. M. 150, Hundarbe 100, Klein-Otterleben 100, Konstanz 50, Mühlheim a. d. Ruhr 200, Mühlhausen i. S. 30, Oberbilk 100, Oerursel 100, Penzig 60, Preungesheim 50, Regensburg 100, Reichelsheim i. O. 40, Rimpar 200, Schalte 300, Schäßbrenn 40, Schweinfurt 100, Selbade 100, Solingen 200, Steels 100, Stekrade 75, Stuttgart 70, Sudenburg 200, Untergrombach 50, Urberach 50, Weimar 200, Weingarten b. Ravensburg 85, Würzburg 150, Zeitz 50, Zirndorf 87,65, Kranzengeld an: C. Anpshewski, Barnstorf 16,45, G. Becker, Westendorf 30,55, G. Friedlin, Schlachtenhaus 28,20, H. Fähr, Wildemann a. S. 7,40, M. Göbel, Marne 9,40, S. Kaula, Benschau 18,80, A. Lange, Wiesbaden 24,05, W. Lange, Lanenburg 1,56, G. Pleig, Rauenburg 11,10, W. Wähler, Soh 9,40, J. Reinhard, Samhof 49,35, J. Schörber, Dönhäusen 7,05, S. Schnarr, Weipers 28,50, A. Smarsch, Reihersieg b. Hamburg 18,80, G. Bette, Bangerau 26,90, W. Weber, Alenburg 9,40, G. Witte, Diesdorf 16,65, Gehälter an die Beamten der Hauptverwaltung 905, Vierteljährliche Mietzge 250, Porto, Schreibmaterial u. s. w. 178,99, Summa 4 9284,20.

Bilance. Einnahme 4 186,848,97. Ausgabe 4 9284,20. Kassenbestand 4 177,059,77.

Berichtigung. In der Oktober-Abrechnung in Nr. 46 der Zeitung muß es in der Einnahme statt Ronsdorf 200, Raudorf 100 heißen und in der Ausgabe bei F. Kunze, Hochsburg 38 statt 18.

C. Butenuth, Hauptkassier.

Eingekandt.

Als einer der wichtigsten Punkte ist von jeher das Herbergsweien im Vordergrund worden, was mit der Zeit auch geführt hat, daß die Gewerkschaften sich eingehend mit dieser Frage beschäftigen und zur Errichtung eigener Herbergen geschritten sind, welche zu bedürfen

den Reisenden zur Pflicht gemacht wird. Auch uns Mitgliedern des D. M. V. wird dieses zur Beachtung empfohlen, andernfalls das Herbergweien vorenthalten werden kann. Wiewohl jeder Genosse die Bestimmungen der Verwaltungen gerne inne hält, wenn dieselben keinen allzu reaktionären Charakter haben, so ist dies doch sehr oft unmöglich. U. U. hat die Verwaltung Obdeslor die Herberge in die „Herberge zur Heimat“ verlegt, in welcher bekanntlich die Rechte der Mitglieder beeinträchtigt werden und der freie Wille des Einzelnen sehr wenig zum Ausdruck kommen kann. — Wenn nun schon die sogenannten „Christlichen“ Herbergen vielen reisenden Genossen in ihrem Innern verhasst sind und auch unsere Prinzipien widersprechen, so ist es um so mehr zu verwundern, daß die Kollegen in Obdeslor, trotzdem daselbst andere Vorteile vorhanden sind, an der „Herberge zur Heimat“ festhalten und die reisenden Mitglieder geradezu zwingen, diese Herberge zu besuchen. An anderen Orten verpflichtet man uns, die christlichen Herbergen zu meiden und hier treiben die Genossen noch ruckwärts. Haben die Obdeslorer Verbandskollegen wirklich noch nichts begriffen, oder treiben vielleicht persönliche Interessen Einzelner dazu, die Prinzipien der Gesamtheit in solcher Weise zu opfern? Es ist Pflicht der vorigen Mitglieder auf die Verlegung der Herberge zu dringen, falls sie sich nicht den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes als Spielball der Bäckerei preisgeben wollen. — Außerdem empfehlen wir, im nächsten Adressenverzeichnis die Zeit der Auszahlung anzugeben, damit reisende Mitglieder nicht gezwungen sind, von Worigens 11 Uhr bis Abends 8 Uhr warten zu müssen, somit nur auf die „Gefälligkeit“ des Auszahlers hin ihre statutarischen Rechte genießen; nicht zu erbiten, sondern zu fordern haben wir dieselben, wenn wir unseren Verpflichtungen nachgekommen sind. Hamburg, 4. Dezember 1893. Mich. Pfeil, Nr. 18627.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart J. G. W. Dieck Verlag) ist soeben das 10. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Kinder Lammel. — Skizzen zur Tabaksteuer. Von Unas. (Fortsetzung.) — Eine materialistische Propagandaschrift. Von Gb. Bernstein. — Herr v. Rahr und die Reichsfinanzreform. — Litterarisch. Rundschau. — Notizen: Zur Gewerkschafts-Debatte. Von R. Kautsk. Wer untersteht? Der deutsche Volkserbe in den letzten zwanzig Jahren. Zur Selbstmarbstatistik in Deutschland. Die Kultur kein Privilegium der Weissen. — Feuilleton: At-Daman. Skizze aus dem ästhetischen Leben von Wladimir Korolenko. Deutsch von Robert Hoffmann. (Fort.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. G. W. Dieck Verlag) ist uns soeben die Nr. 24 des 8. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalte dieser Nummer haben wir hervor: Ser mit dem freien Vereins- und Versammlungsrecht für die Frauen. — Resolutionen des sozialdemokratischen Parteitages zu Köln. — Zur Lage der westbädmischen Vorzeleanarbeiterinnen. — Der Lockout der englischen Bergarbeiter und ihre Frauen. — Feuilleton: Eine Nacht in dem Asyl für obdachlose Frauen in der Rue St. Jacques in Paris. Von Angèle Devansee. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Notizen. — Klage (Gebicht) von Leopold Jacoby. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 J., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1893 unter Nr. 2609) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 J.; unter Kreuzband 85 J. Inseratenpreis die zweispaltene Zeile 20 J.

Rathschläge zur Leitung von Versammlungen. Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Berlin 1898. Verlag des „Vorwärts“. 48 S. 8°. Preis 20 J. In kurzer und gedrängter Katechismusform, in Fragen und Antworten, werden in diesem Heftchen die wichtigsten Punkte betreffend das Vereinstätigungsrecht der Arbeiter zur Zeichnung gütlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Sammlung von Geldern zu politischen und gewerkschaftlichen Zwecken, die Veranstaltung von Versammlungen, die Einberufung und Leitung von Versammlungen, die Gründung und Weiterführung von politischen und gewerkschaftlichen Vereinen, von Fachvereinen und Zentralverbänden, die Verbreitung von Flugchriften und sonstigen Druckschriften so besprochen, daß die Arbeiter zur vollen Ausübung ihrer Rechte angeleitet und vor Gesetzesübertretungen bewahrt werden. Die Sprache ist eine durchaus allgemein verständliche. Der Inhalt ist kurz und bestimmt zusammengefaßt. Er enthält nur das Wesentliche und vermeidet jede überflüssige Uebersiedung mit zu vielem Beiwerk, das mehr verwirrt, als aufklärt.

Mit diesem Büchlein in der Hand wird es auch dem im Vereinswesen unerfahrenen Arbeiter an kleinen Orten oder auf dem Lande möglich sein, eine Versammlung einzuberufen und zu leiten, sowie als Vorsitzender, Vereinsvorstand, Vertrauensmann sich zurecht zu finden. Auch erfahrenere Arbeiter finden hier ein kleines Nachschlagewerk, das ihnen in zweifelhaften Fragen bestimmte und sichere Auskunft gibt. So kann die kleine Broschüre all' den Arbeitern empfohlen werden, die etwas darauf geben, ihre bürgerlichen Rechte gegen jeden Übergriff von Beamten und Behörden aufrecht zu erhalten, ohne sich dabei Unannehmlichkeiten oder gar Bestrafungen auszuliefern. Neben und Besucher von Versammlungen erhalten viele nützliche Winke und Vorschriften, nach welchen sie sich in Debatten und bei Auflösung von Versammlungen vortheilhaft richten können. Das Büchlein wird sicher den Organisationen der Arbeiter wesentliche Dienste leisten. Es erport Jedem den Besitz einer theueren Ausgabe des Vereinsgesetzes. Das Büchlein nimmt auch Rücksicht auf die speziellen Bedürfnisse der politischen sowie der gewerkschaftlichen Organisationen und wird beiden von gleichem Vortheil sein. Wir können das überaus nützliche Heft allen Genossen aufs wärmste empfehlen.

### Briefkasten.

**Judenwäld.** Ja!  
**E. F., Schleswig.** Wir lehnen die Aufnahme des ersten und letzten Eingekandt ab. Was das erstere betrifft, so ist die Debatte — wir erhielten auch gegenthellige Eingekandtungen — fruchtlos. Und was die Verhältnisse in R. anbelangt, so sind wir der Meinung, daß Dritte sich nicht einmischen sollen. — Auch den mitgesandten Artikel können wir nicht verwenden.

### Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Jachen.** Samstag, 16. Dezbr., Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal, Elbfischmarktstr. 8. L.O.: Neuwahl der Ortsverwaltung. Berathung der zurückgestellten Anträge. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. — Die Mitgliedsbücher sind vor Neujahr in Ordnung zu bringen.

**Jalen.** Samstag, 16. Dezbr., Christbaumfeier, wozu sich die Mitglieder zahlreich einfinden mögen. — Sonntag, 17. Dezbr., Versammlung, wozu die Mitglieder vollständig zu erscheinen haben.

**Altenburg.** Sonntag, 17. Dezbr., Nachmittags halb 8 Uhr, Versammlung im „Waldbischhölchen“ bezugs Neuwahl der Ortsverwaltung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. — Unser Weihnachtsgewinn findet am 8. Feiertag von 8 Uhr ab im „Waldbischhölchen“ statt.

**Al- und Hengersdorf.** Freitag, den 22. Dez., in der „Feldhölche“, Besprechung Vergütungen betreffend. Aufnahme neuer Mitglieder.

**Berlin.** Allen reisenden Kollegen zur Nachricht, daß unsere Herberge vom 1. Januar 1894 ab sich im Centrum der Stadt, Neue Friedrichstr. 20, bei Keller, befindet. Dagegen wird auch Abends von 8-9 Uhr Reisegeld ausbezahlt.

**Gannsbatt.** (Allg.) Sonntag, 17. Dezbr., Vormitt. 10 Uhr, Generalversammlung im „Auffischen Hof“. L.O.: Bericht der Ortsverwaltung. Bericht und Abrechnung des Kassiers. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes. Die Mitglieder werden aufgefordert, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

**Dresden.** Die Herberge und Verkehr, sowie Auszahlung der Reiseunterstützung ist von jetzt ab nicht mehr in „Stadt Raffau“ Schäferstraße, sondern im „Gasthaus zur Weegerburg“, Flemingstr. 15.

**Leipzig.** Sonntag, 17. Dezbr., Nachm. 4 Uhr, in den „Drei Kronen“, Anspellerarkt, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme und Beitragszahlung. Vorlesung: „Wie organisiren wir u. s. w.“ Vorstandswahl. Bibliothek. Verschiedenes.

**Essfurt.** Sonnabend, 16. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. — Montag, 26. Dezbr., im Gasthof „Zur hohen Wille“, Weihnachtsgesellschaft. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

**Frankfurt a. M.** (Weibe Verwaltungen) Sonntag, 17. Dezbr., Vormittags präzis 10 Uhr, Besichtigung des Opernhauses. Zusammenkunft vor 10 Uhr bei dem Hauptportal desselben.

**Frankfurt a. M.** (Sekt. b. Spengler.) Samstag, 16. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, im „Rebstock“, Kruggasse 4, Generalversammlung. L.O.: Aufnahme und Einzahlung. Bericht und Neuwahl der Ortsverwaltung. Fragen und Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten. — Sonntag,

17. Dezbr., Vorm. halb 10 Uhr, Besichtigung des Opernhauses. Sammelpunkt am Portale desselben.

**Freising.** Sonntag, 17. Dezbr., Vorm. punkt 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Münchener Hof“. L.O.: Wahl der Ortsverwaltung. Christbaumfeier. Verschiedenes. Fragelasten. Aufnahme und Beitragszahlung. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

**Siegen.** Samstag, 26. Dezbr., im Lokale, Mittergasse 17, General-Versammlung. L.O.: Vorstandswahl. Vortrag von Gen. Orbig. Diskussion betreffs des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins, Filiale Wehlar. Verschiedenes. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird ersucht. Mitgliedsbücher sind behufs Kontrolle mitzubringen und dem Kassierer eingehändigend.

**Sülz.** Montag, 18. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Sellmann, Langenstr. 48, Generalversammlung. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

**Hagen.** Sonntag, 17. Dezbr., Abds. halb 7 Uhr, Generalversammlung bei H. Guardt's an der Schwente. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge. Lokalfrage. Verschiedenes. Allseitiges und pünktliches Erscheinen notwendig.

**Halle a. S.** Sonntag, 17. Dezbr., Nachm. 4 Uhr, bei Faulmann, Garteng., Generalversammlung. L.O.: Wahl der Gesamtortsverwaltung. Bestimmung der Fremdenauszahlungstelle. Verschiedenes. Nicht aller Mitglieder ist es, zu erscheinen.

**Hamburg.** (Sektion der Klempner etc.) Dienstag, 19. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Kamm, „Reifungshalle“, am Gämmemarkt, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Vortrag. Neuwahl der Ortsverwaltung. Unser Arbeitsnachweis nach dem 1. Januar. Diveres. Wir ersuchen die Mitglieder, zahlreich zu erscheinen.

**Hannover.** Sonntag, 17. Dezbr., Nachmittags halb 8 Uhr, öffentliche Mitglieder-Versammlung der Sektion der Klempner des D. M. V.

**Heidelberg.** Samstag, 16. Dezember, Abds. 8 Uhr, öffentliche Gewerkschafts-Versammlung im „Zwinger“. L.O.: Die Bedeutung der Gewerkschaften. Referent: Gen. Weber aus Mannheim. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. — Nächste Mitglieder-Versammlung am 23. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, im „Al. Saal zum Zwinger“. L.O.: Vortrag. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. Verschiedenes. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

**Hellbrunn.** Samstag, 16. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale. Tagesordnung im Lokale. Wegen der Ende dieses Monats stattfindenden Abrechnung werden die Mitglieder ersucht, zahlreich und pünktlich mit ihren Büchern zu erscheinen.

**Kiel.** Mittwoch, 20. Dezbr., Abds. 8 Uhr, in den „Zentralbau“, Alte Reihe 8, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. — Das Versammlungslokal der Sektion der Spengler, sowie der Arbeitsnachweis befinden sich jetzt in der Zentralherberge, Alte Reihe 8; ebendort wird auch das Reisegeld für Klempner ausbezahlt. — Unsere Kollegen von der Sektion ersuchen wir, in der am Mittwoch, den 20. Dezbr., stattfindenden allgemeinen Verbands-Versammlung vollständig zu erscheinen, da in derselben Alles, sowie auch die Verschmelzung beider Bibliotheken, endgültig geregelt wird.

**Leipzig.** Sonnabend, 23. Dezbr., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung im Gasthof „Preußischer Hof“ (Lagauerstr.) L.O.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Wahl des gesamten Vorstandes. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht.

**Leiden.** Montag, 18. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung im „Holänder“. L.O.: Rechnungsabbericht der Ortsverwaltung und der Kommissionen. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

**Mit. Redwitz.** Sonntag, 17. Dezbr., im „gold. Anker“, Mitglieder-Versammlung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht. Mitgliedsbücher sind behufs Jahresabrechnung mitzubringen. — Die Unterstützung wird von jetzt ab bei Franz Wagenhuber, Dreher, Dörflas 56b, bei Mit. Redwitz, ausbezahlt.

**Mühlheim a. Rh.** Montag, 18. Dezbr., bei Peter Engels, Freiheitsstr., Generalversammlung. L.O.: Bericht der Ortsverwaltung. Neuwahl der Ortsbeamten. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes pünktlich zu erscheinen.

**Niederran.** Sonntag, 24. Dezbr., Nachm. 3 Uhr, Versammlung im „Gasthaus zum Löwen“. L.O.: Entrichtung der Beiträge. Vortrag. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.  
**Neumünster b. Kiel.** Mittwoch, den 20. Dezbr., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal des Hrn. Först, Wellingsdorf. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragsentrichtung. Neuwahl der örtlichen Verwaltung. Fragelasten. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, wegen Wichtigkeit der Tagesordnung, zahlreich zu erscheinen.

**Neumünster.** Freitag, 22. Dezbr., bei Kellermann, Altdorferstr., Mitglieder-Versammlung. L.O.: Beitragszahlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag von Gen. Bienenau. Bibliothekangelegenheiten. Bericht vom Gewerkschaftskomitee. Fragelasten. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. — Die reisenden Mitglieder werden auf § 8a aufmerksam gemacht.

**Neu-Ruppin.** Sonnabend, 28. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Den reisenden Mitgliedern zur Nachricht, daß die Reiseunterstützung bei unserem Kassierer, Hermann Schöning, Klosterstraße 17, ausbezahlt wird. Herberge: Gartenstr. 8.

**Nürnberg.** (Sektion der Klempnerindustrie.) Samstag, 16. Dezbr., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal. L.O.: Rechnungsablage des Kassiers. Neuwahl der Ortsverwaltung. Festsetzung der Beiträge.

**Reins.** Dienstag, 19. Dezbr., im Verkehrslokal, Rosenhagen 7, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. — Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß die Bibliotheksbücher nur Montags und Donnerstags von 7 1/2-8 1/2 Uhr ausgegeben werden.

**Regnitz.** Sonntag, 17. Dezbr., Nachm. 2 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal. L.O.: Genehmigung des Protokolls. Aufnahme neuer Mitglieder. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes. Fragelasten. Die Mitglieder werden aufgefordert, vollständig und pünktlich zu erscheinen. — Die Restanten werden auf § 8a aufmerksam gemacht.

**Riefheim.** Samstag, 16. Dezember, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zum „gold. Löwen“. L.O.: Abrechnung vom Stiftungsfest. Besprechung zur Neuwahl. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

**Rattgen.** Sonntag, 21. Dezbr., Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal bei Herrn. Dilke, Oberstr., Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder u. Zahlung der Beiträge. Bibliothekangelegenheiten. Referentenfrage. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. Fragen und Verschiedenes. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt notwendig.

**Reinscheid.** Sonntag, 17. Dezbr., Nachmittags halb 6 Uhr, Generalversammlung bei H. Schleppehdahl. L.O.: Kassierenbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Die Lage der hiesigen Metallarbeiter und die Organisation am Orte. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es unbedingt Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. — Die Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

**Reinsburg.** Sonnabend, 16. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Grebe, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Aufnahme. Beitragszahlung. Stiftungsfest. Zeitungskontingente. Sonstiges. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen und an den Kassierer abzuliefern.

**Rostock.** Sonnabend, 16. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Brunnenhalle“. L.O.: Vorstandswahl. Verschiedenes.

**Sagan.** Sonntag, 17. Dezbr., Nachm. 3 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal, „Gasthof zum Stern“, Sprottauertstraße. L.O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge. Vorstandswahl. Verschiedenes.

**Schmölla.** Montag, 18. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung im Grell's Restaurant. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.

**Schwelm.** Sonntag, 17. Dezbr., Abds. 6 Uhr, Hauptversammlung im Vereinslokal. L.O.: Neuwahl der örtlichen Verwaltung. Verschiedenes.

**Tuttlingen.** Donnerstag, 21. Dezbr., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Louis Storz, ob. Saal. L.O.: Neuwahl der Ortsverwaltung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

**Wetzlar.** Sonntag, 17. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Hülke, Generalversammlung. L.O.: Bericht der Ortsverwaltung. Neuwahl desselben. Wahl eines Mitgliedes zum Festkomitee. Verschiedenes.

**Wilmars.** Sonnabend, 16. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, in Löndorf's Restaurant, Mitglieder-Versammlung. L.O.: Bagezahlen und Aufnahme neuer Mitglieder. Neuwahl der Ortsverwaltung. Stellungnahme zur Thüringer Metallarbeiterkonferenz. Verschiedenes und Fragelasten. Nicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen. — Die Restanten werden auf § 8 Abs. 6a des Statuts aufmerksam gemacht. Wer seinen Ver-

pflichtungen nicht nachkommt, wird in den nächsten Nummer d. Ztg. veröffentlicht.  
**Wiesbaden.** Samstag, 16. Dezbr., Mitglieder-Versammlung bei Wäh, „Bayerischer Hof“, Michaelsberg 26 L.O.: Neuwahl des Vorstandes. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

**Witten.** Sonntag, 31. Dezbr., Abds. 5 Uhr, bei Weiffenfeld, großes Wintervergnügen, bestehend in Konzert, Theater, Gesangs-vorträgen und Ball. Eintrittspreis im Vorverkauf 50 J., an der Kasse 75 J. Alle organisirten Kollegen, gleichviel welcher Branche, haben zu dem ermäßigten Preis von 25 J. Zutritt.

**Würzen.** Sonnabend, 16. Dezember, öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder. L.O.: Vortrag des Gen. Riemann über: Die sozialpolitische Gesetzgebung in ihrer praktischen Handhabung, insbesondere die des Unfallversicherungsgesetzes. Debatte. Reviseurswahl. Wahl des Vertrauensmannes. Anträge und Mittheilungen.

## Anzeigen.

Verlag des „Vormärts“ Feil. Volksblatt Berlin SW., Benth-Strasse 2.

In der Herstellung befindet sich und wird Mitte Dezember cr. zur Veröffentlichung kommen:

### Protokoll

über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Köln vom 22. bis 28. Oktober 1893.

ca. 18 Bogen 8° — elegant broschirt Preis 40 J.

Die Verhandlungen des Kölner Parteitages dürften wegen ihrer Bedeutung das lebendigste Interesse eines jeden Parteigenossen in Anspruch nehmen. Die ershöpfenden Verhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung sind überaus wichtig und ihre Kenntniß nach dem stenographischen Bericht jedem Parteigenossen notwendig. In Rücksicht darauf und auf den zudem hohen agitatorischen Werth und die dadurch wünschenswerthe Massenverbreitung haben wir den überaus billigen Verkaufspreis — 40 J. pro Exemplar bei sorgfältiger geschmackvoller Ausstattung — festgesetzt.

Um die Auflagehöhe bestimmen zu können, bitten wir, uns den ungefähren Bedarf der einzelnen Orte schon jetzt bekannt zu geben; nur so sind wir in der Lage, allen an uns gestellten Anforderungen rechtzeitig genügen zu können.

Die Verendung erfolgt gleichzeitig nach allen Plätzen Deutschlands. Porto und Frachten zu Lasten der Besteller.

**Wiederverkäufer Rabatt.** Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einleitung des Betrages (Porto 20 J. extra).

**Aufforderung.** Wir ersuchen die Kollegen Ernst Preß, Buch Nr. 28791, Reinhold Frankowsky, Buch Nr. 48786, ihre Adresse hierher gelangen zu lassen. — Ebenso möge Julius Bogt, Buch Nr. 29855, seine Adresse umgehend seinen Eltern zukommen lassen. — Der Gürtler Otto Herfurth wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegen die Zahlstelle um nachzukommen. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, uns die Adressen der betreffenden Mitglieder, falls sie ihnen bekannt sein sollten, umgehend mitzutheilen oder dieselben hiezu zu veranlassen.

**Ortsverwaltung Ulm.** J. A. B. D. d. Via str. 80.

**Aufforderung.** Die Ortsverwaltungen und Vertrauensmänner werden ersucht, uns die Adresse des Klempners Oskar Reier aus Danzig, Buch Nr. 55241, eingetreteten in Reinsburg, sofort anzugeben, sobald sich derselbe anmeldet.

**Ortsverwaltung Wetzlar.**

Der Former statt seitlich aus Halle a. S. wird gebeten, seinem kranken Vater seine Adresse mitzutheilen. Auch werden alle Kollegen gebeten, mir ev. den Aufenthalt des F. mitzutheilen.

**Willy. Hinz, Rebohm., Halle a. S.**

**De. Klempnergelehrte Albert Dittmar aus Galdenz, Preis 50 J., geboren am 23. August 1875, wird hierdurch dringend ersucht, seine Adresse der Expedition dies Blattes mitzutheilen.**

Unserem treuen Zubornachst in Wetzlar Gärtner bei seiner Abreise ein begründetes Gebewohl Verwaltungsstelle Süßrow.